

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIX. Jahrgang, Nr. 11

November 1956

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Günstige Vorratslage bei Nahrungs- und Genußmitteln, Rohstoffen, Halbwaren und Konsumgütern — Versorgungsschwierigkeiten bei Energie — Einzelhandelsumsätze durchschnittlich um 6% höher als im Vorjahr — Rekordumsätze im Außenhandel — Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen Preis-Lohn-Auftrieb

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne; Die Entwicklung der Seefrachtraten und der internationalen Rohwarenpreise seit der Sperre des Suezkanals — Land- und Forstwirtschaft; Stabiler Holzmarkt trotz verringertem Einschlag und erhöhtem Holzexport — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Der Budgetvoranschlag 1957 der Österreichischen Bundesbahnen — Außenhandel: Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im III. Quartal 1956

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Günstige Vorratslage bei Nahrungs- und Genußmitteln, Rohstoffen, Halbwaren und Konsumgütern — Versorgungsschwierigkeiten bei Energie — Einzelhandelsumsätze durchschnittlich um 6% höher als im Vorjahr — Rekordumsätze im Außenhandel — Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen Preis-Lohn-Auftrieb

Die österreichische Wirtschaft geht verhältnismäßig gut gerüstet in den Winter, obwohl die Blockierung des Suezkanals den Import überseeischer Güter erschwert und mehrere zehntausend ungarische Flüchtlinge versorgt werden müssen

Nahrungs- und Genußmittel stehen ausreichend zur Verfügung. Bei Mühlen und Händlern lagerten Ende Oktober sofort greifbar 310.000 t Brotgetreide (in den Jahren 1954 und 1955 nur 196.000 t und 200.000 t). Gleichzeitig befinden sich dank der sehr guten Vorjahresernte noch große, für den Markt bestimmte Getreidemengen (über 200.000 t) bei den Landwirten. Diese Mengen reichen, von Qualitäts- und Sortenfragen abgesehen, ungefähr für 8½ Monate, d. h. bis zur nächsten Ernte. Der Bedarf an Rind- und Kalbfleisch kann voll, der an Schweinefleisch überwiegend aus der heimischen Produktion befriedigt werden. Die erforderlichen Schweine- und Geflügelimporte sind bereits eingetroffen oder können jederzeit aus den südosteuropäischen Staaten bezogen werden. Ebenso stehen Fische (Karpfen), sofern das heimische Angebot nicht befriedigt, aus dem Auslande zur Verfügung. Der Weihnachtsbedarf an Mandeln, Nüssen und Rosinen ist, wenn auch zu

stark erhöhten Preisen, gesichert. Befristete Zollbefreiungen für Südfrüchte, Honig, Fischkonserven und Geflügel dämpfen den Preisauftrieb.

Auch *gewerbliche Konsumfertigwaren* werden heuer in besonders reicher Auswahl angeboten. Der Einzelhandel hat bereits im September, nicht nur für das Weihnachtsgeschäft, sondern auch weil er Preiserhöhungen befürchtete, in größerem Stil als sonst Waren bestellt. Im Oktober erreichten die Importe von Fertigwaren eine Rekordhöhe, vor allem wurden viel mehr Textilien, elektrotechnische Geräte, optische und feinmechanische Erzeugnisse (Uhren), Spiel-, Sport- und Haushaltartikel eingeführt.

Nach Meldungen des Konjunkturtestes ist die Industrie ausreichend mit den wichtigsten *Importrohstoffen und Halbmaterialien* versorgt und in der Lage, vorübergehende Bezugsschwierigkeiten, die der Schiffsraummangel verursacht, zu überbrücken. Selbst auf dem Eisen- und Stahlmarkt, der auf weltpolitische Spannungen besonders empfindlich zu reagieren pflegt, sind keine außergewöhnlichen Verknappungs- und Hausse-Erscheinungen zu beobachten.

Größeren Schwierigkeiten begegnet nur die Versorgung mit *Energie*. Die Blockierung des Suezkanals

und der Zwang, die Erdöltransporte aus dem Vorderen Orient über den viel längeren und kostspieligeren Weg um Südafrika zu leiten, zieht auch Österreich, wiewohl es selbst bedeutendes Erdölland ist, in Mitleidenschaft. Die schlagartige Einschränkung der Erdöllieferungen zwingt die westeuropäischen Länder, die selbst nur wenig Erdöl produzieren, aber in größeren Mengen Heizöl verbrauchen, wo immer es möglich ist, ersatzweise Kohle zu verwenden. Damit aber ist in Europa neben Erdöl auch Kohle noch knapper und teurer geworden als bisher, weil die zusätzlich erforderlichen Mengen nur aus Amerika zu weit höheren Preisen beschafft werden können.

Die österreichische Wirtschaft hat sich zwar in den Sommermonaten stärker mit *Importkohle* eingedeckt. Die Vorräte bei den Großverbrauchern reichen aber doch nur aus, die kurzfristigen Lieferverzögerungen im Winter aufzufangen. Dauern diese Störungen länger und würden außerdem die Importkontingente stärker gekürzt, könnte sich die Kohlen-situation rasch verschärfen (Polen schränkt seine Lieferungen bereits ein, der Run der europäischen Länder auf die amerikanische Kohle stößt auf die begrenzte Verschiffungskapazität). Österreich bezieht jetzt schon ungefähr die Hälfte seiner Kohlenimporte aus Amerika, und zwar unverhältnismäßig teuer, da die Frachtraten sprunghaft gestiegen sind und weiter steigen.

Elektrischer *Strom* wird wie in den vergangenen Jahren, wenn nicht eine extrem lange Kälteperiode eintritt, genügend vorhanden sein. Die E-Werke haben in den vergangenen Monaten größere Kohlen-vorräte für den Winter angelegt.

Der Bedarf an *Benzin*, der in den Wintermonaten bis auf die Hälfte sinkt, kann zunächst, wenn man von Superbenzin absieht, das importiert werden muß, aus der Inlandsproduktion befriedigt werden. Versorgungsschwierigkeiten würden erst mit Beginn der Reisesaison (Anfang Mai) auftreten. *Dieselöl* ist überreichlich vorhanden und wird in größeren Mengen exportiert. Auch *Erdgas* wird heuer mehr zur Verfügung stehen als im Vorjahr. Ernste Schwierigkeiten gibt es dagegen bei *Heizöl*. Der behördlich tief gehaltene Preis für Erdöl (er ist nicht einmal halb so hoch wie im Ausland) verleitet zahlreiche Betriebe, ihre Energieversorgung auf Heizöl umzustellen, so daß schon lange vor der Suezkrise Heizöl im Inland äußerst knapp war. Die weltpolitischen Ereignisse haben die Versorgungslage insofern noch verschärft, als gegenwärtig das fehlende Heizöl nicht einmal zu den bedeutend höheren Importpreisen beschafft werden kann.

Trotz diesen Einschränkungen ist die Versorgungslage der österreichischen Wirtschaft gegenwärtig ungleich günstiger als zur Zeit der Koreakrise. Damals war die Wirtschaft fast aller Vorräte entblößt und gezwungen, auf den internationalen Rohwarenmärkten zu äußerst ungünstigen Bedingungen einzukaufen. Heute ist die österreichische Wirtschaft zumindest für die Wintermonate mit Nahrungsmitteln, industriellen Rohstoffen und Halbwaren, Konsumfertigwaren und, mit Vorbehalten, auch mit Energie ausreichend versorgt. Wie konsolidiert die österreichische Wirtschaft tatsächlich ist, zeigte sich im Oktober, als unter dem Einflusse der lebhaften Diskussion über Preise und Löhne, und Anfang November, als infolge der Ereignisse in Ungarn, spontan Hamsterkäufe einsetzten und die Sparer teilweise ihre Guthaben von den Banken und Sparkassen abzuheben begannen. Da jedoch der Einzelhandel dem Ansturm auf die Geschäfte ohne weiteres gewachsen war und der Großhandel Lücken im Warensortiment rasch schloß, beruhigte sich die allgemeine Stimmung sehr bald.

Das naßkalte Herbstwetter brachte eine vorzeitige Abschwächung der Saison. In einigen Bereichen ist auch der konjunkturelle Aufschwung gedämpft.

Die Entwicklung auf dem *Arbeitsmarkt* war im November, ebenso wie im Oktober, ungünstiger als in den Vorjahren. Die Zahl der *Beschäftigten* ging um 23.700 auf 2.188.500 zurück. (Im November 1955 hatte sie nur um 9.000 abgenommen.) Mehr als die Hälfte des Rückganges entfiel auf Land- und Forstarbeiter. Ende November waren nur noch um 46.900 Personen mehr beschäftigt als Ende November v. J. (In den ersten zehn Monaten d. J. waren durchschnittlich um 65.300 Arbeitskräfte mehr beschäftigt gewesen.) Auch die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* nahm verhältnismäßig stark zu (um 32.900 gegen 15.700 im November 1955). Vom frühen Kälteeinbruch wurden besonders die Bauwirtschaft und ihre Zulieferindustrien betroffen. Die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter nahm um 13.000 zu, um 8.200 mehr als im Vorjahr. Der starke Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft war ebenfalls witterungsbedingt, die relativ große Zahl der entlassenen Arbeitskräfte im Gastgewerbe ist eine Folge der besonders günstigen Beschäftigungslage in der Hochsaison. Aber auch in Branchen, die vom Wetter weniger abhängig sind, wie in der Metall-, Textil- und Bekleidungsindustrie, stieg die Zahl der Stellensuchenden stärker als im Vorjahr. Die etwas größere Zunahme des *Arbeitskräfteangebotes* gegenüber dem Vorjahre (9.200 Arbeitskräfte gegen 6.800 im November v. J.)

ist hauptsächlich damit zu erklären, daß rund 1.600 ungarische Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß eingegliedert und rund 1.000 bei den Arbeitsämtern als Stellensuchende vorgemerkt wurden.

Die Arbeitslage ist nicht nur branchenweise, sondern auch innerhalb der einzelnen Branchen von Betrieb zu Betrieb verschieden. Neben Unternehmen mit ausgezeichneten Exportgeschäften, die Kostenerhöhungen auf die Preise überwälzen können, gibt es zahlreiche andere, die nicht mehr in der Lage sind, die wiederholten Lohnerhöhungen bei dem gegebenen Stand von Beschäftigung und Produktion unterzubringen. Eine Reihe von Betrieben, die bisher trotz schlechtem Geschäftsgang Arbeitskräfte „gehörtet“ hatten, weil sie mit einer baldigen Konjunkturbelebung rechneten, beurteilt die Lage, teilweise auch von den starken Kürzungen der Investitionen in den öffentlichen Haushalten beeindruckt, nicht mehr so optimistisch und beginnt Arbeitskräfte zu entlassen.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg im September ungewöhnlich stark um 8% auf 248 (1937 = 100), den bisher höchsten Stand. Die Expansionsrate der Industrieproduktion, die in der ersten Jahreshälfte ständig kleiner geworden war, hat sich seit Beginn des Sommers ungefähr bei 5% über dem Vorjahresniveau stabilisiert. Nach wie vor ist der Export die wichtigste Stütze der industriellen Expansion. Vier Fünftel des Produktionszuwachses in den ersten drei Quartalen wurden im Ausland abgesetzt. In den Investitionsgüterindustrien konnten die Elektro-, Maschinen-, Eisenwaren- und Metallwarenindustrien ihre Exporte um 38%, 36% und 27% steigern. Ohne diesen Mehrexport hätten sie ihre Erzeugung nicht mehr auf Vorjahreshöhe halten können. Auch in den Zweigen, wo die inländische Nachfrage anhält, wie in den Konsumgüterindustrien, bot der Export vielen Betrieben die Möglichkeit, trotz wachsender Importkonkurrenz die Produktion auszuweiten. Die Textilindustrie, die im September je Arbeitstag um 12% mehr produzierte als im Vorjahr, ist ein Beispiel dafür, daß es auch Wirtschaftszweigen, die durch die Liberalisierung stark in Mitleidenschaft gezogen werden, möglich ist, durch erhöhte Exportanstrengungen wenigstens einen Teil des Absatzverlustes im Inlande wettzumachen. Sie konnte seit dem Vorjahr um 230 Mill. S (23%) mehr Waren exportieren, während gleichzeitig um 296 Mill. S mehr Textilien eingeführt wurden. Die Papierindustrie konnte ihren gesamten Produktionszuwachs gegenüber dem Vorjahr (3%) im Ausland absetzen. Die Gießereien, die seit Monaten unter Absatzschwierigkeiten im Inland leiden, holten ihren Rückschlag teilweise auf, ihre Produktion bleibt aber noch

hinter dem Vorjahr zurück. Der konjunkturelle Rückschlag in der Fahrzeugindustrie wird durch Saisoneinflüsse verstärkt. Es ist mit weiteren Entlassungen zu rechnen.

Der *Einzelhandel* erzielte im Oktober um 8% höhere Umsätze als im Oktober v. J. Faßt man die Verkaufsergebnisse der Monate Oktober und September (mit einer Umsatzsteigerung von nur 4%) zusammen, dann ergibt sich, daß die Umsätze in der Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsaison 1956 ziemlich gleichmäßig um 6% höher waren als im Jahre 1955. Die verhältnismäßig große Kauflust im Oktober entsprang wohl in erster Linie dem Bedürfnis, im September unterlassene Anschaffungen nachzuholen. Teilweise mögen auch Befürchtungen um den Geldwert infolge der anhaltend steigenden Tendenz von Preisen und Löhnen eine Rolle gespielt haben. In der letzten Oktoberwoche erhielt die Kauflust durch die Ereignisse in Ungarn einen neuen Auftrieb. Viele Käufer haben offenbar auf Ersparnisse zurückgegriffen. Jedenfalls waren im Oktober 1954 und 1955 246 Mill. S und 182 Mill. S netto auf Sparkonten eingelegt worden, im Oktober d. J. aber nur 36 Mill. S. (Dieser Rückgang kann zum Teil auch damit erklärt werden, daß das Publikum heuer Investitionsanleihe gezeichnet hat.)

Im Oktober war vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Elektrowaren, Teppiche, Vorhänge, Möbel, Hausrat, Fahrzeuge, Uhren, Schmuckwaren u. a.) sehr rege, sie wurden im Durchschnitt um 14% mehr gekauft als im Vorjahr (im September nur um 1% mehr). Trotz schönem Wetter wurden auch um 47% mehr Bekleidungsgegenstände verkauft als im September und um 5% mehr als im Oktober v. J. Die Umsätze von Nahrungs- und Genussmitteln stiegen gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig um 7%, mengenmäßig um 5%. Tabakwaren wurden um 9% mehr umgesetzt; diese Umsatzsteigerung entspricht einer echten Nachfrageerhöhung, da im Vergleichsmonat (Oktober 1955) keine USIA-Zigaretten mehr verkauft wurden. (Im Frühjahr und Sommer lagen die Umsätze an Tabakwaren wohl um 13% bis 14% über dem Vorjahresniveau. Dieser hohe Prozentsatz ist jedoch irreführend, da im Jahre 1955 in den entsprechenden Monaten der Bedarf noch zu einem guten Teil aus USIA-Importen gedeckt wurde.)

Die Lohnerhöhungen in wichtigen Industriezweigen im November und Dezember und die „Vollvalorisierung“ der Bezüge der öffentlich Bediensteten ab 1. Jänner sprechen dafür, daß der Einzelhandel auch nach Weihnachten mit einer lebhaften Umsatz-tätigkeit rechnen kann und der private Konsum

neben dem Export die wichtigste Stütze der Konjunktur bleiben wird.

Die Umsätze im *Außenhandel* erreichten im Oktober auf der Import- und Exportseite neue Rekordhöhen. Die *Einfuhr* erhöhte sich sprunghaft um 445 Mill. S auf 2.424 Mill. S. Verhältnismäßig am stärksten stiegen die Einfuhren von Fertigwaren (237 Mill. S), ihr Anteil an der gesamten Einfuhr erreichte mit 39% den bisher höchsten Wert. Investitionsgüter und Fahrzeuge wurden im Oktober um 504 Mill. S importiert, damit wurde bloß der Rückschlag in den Monaten August und September (384 Mill. S und 395 Mill. S) aufgeholt. Verschiedene für Weihnachten bestimmte gewerbliche Konsumfertigwaren wurden in einem noch nie erreichten Umfang eingeführt. Die Obst- und Gemüseimporte stiegen von 68 Mill. S im September auf 100 Mill. S im Oktober. Sie waren allerdings erheblich teurer als im Vorjahr. Unter den Rohstoff- und Halbwarenimporten nahmen Erze und Schrott (+ 39 Mill. S) sowie Metalle (+ 28 Mill. S) am stärksten zu.

Die *Ausfuhr* nahm im Oktober um 57 Mill. S zu und überschritt mit 2.044 Mill. S zum ersten Male die Zwei-Milliarden-Grenze. Vor knapp vier Jahren (November 1952) war erstmalig die Ein-Milliarden-Grenze erreicht worden, die lange Zeit das erklärte Exportziel der Handelspolitik war. Da die heutigen Exportpreise, nachdem sie zwischendurch gefallen und wieder gestiegen sind, von den damaligen Exportpreisen nicht sehr verschieden sind, bedeutet die Verdoppelung des Ausfuhrwertes auch eine reale Verdoppelung der Ausfuhr. Die Exportsteigerung im Oktober d. J. ist in erster Linie der Eisen- und Stahlindustrie zu danken. Sie führt Waren im Werte von 365 Mill. S aus (40 Mill. S mehr als im September), ihr Anteil an der Gesamtausfuhr stieg auf 18% und ihr Anteil an der Halbwarenausfuhr auf 37%. Zwei Drittel der Eisen- und Stahlexporte gingen in die OEEC-Länder (43% in die Länder der Montanunion), 17% nach Osteuropa. Holz und Eisen bestritten im Oktober 34% der gesamten Ausfuhr, sie sind die wichtigsten Träger der gegenwärtigen Exportkonjunktur.

Die kräftige Zunahme der Einfuhr machte die *Handelsbilanz* im Oktober mit 380 Mill. S passiv. Im Oktober v. J. war der Einfuhrüberschuß ungefähr gleich hoch. Trotzdem ist die *Zahlungsbilanz* gegenwärtig ungleich günstiger als vor einem Jahr. Im Oktober v. J. hatte die Nationalbank fast das gesamte Außenhandelsdefizit durch Abgabe von 340 Mill. S aus ihrem Devisenbesitz finanzieren müssen. Im Oktober d. J. konnte sie dank Kapitaltransaktionen ihre valutarischen Reserven sogar um

262 Mill. S auf 10.383 Mill. S vermehren. Die Netto-Einnahmen aus Kapitaltransaktionen betragen in den ersten drei Quartalen 127 Mill. S, 217 Mill. S und 404 Mill. S. Obwohl die Nationalbank in den Monaten November und Dezember saisongemäß Devisen abgeben muß, wird sie durch Inanspruchnahme von Weltbankkrediten und Überschußgütern ihre Devisenreserven voraussichtlich auch im IV. Quartal gut behaupten können. Im November hatte sich ihr Netto-Devisenbestand nur um 28 Mill. S vermindert. Das Defizit in der EZU war mit 37 Mill. \$ verhältnismäßig klein, da die EZU-Gebahrung bereits im Laufe des Monats durch bilaterale Abrechnungen von 35 Mill. \$ entlastet worden war.

Der Devisenzustrom und die Kreditausweitung im Sommerhalbjahr (April bis September) haben den Rückgang des *Geldvolumens* im Winterhalbjahr (Oktober 1955 bis März 1956) knapp ausgeglichen. Die Geldmenge war Ende Oktober um 173 Mill. S oder um 0,6% kleiner als vor einem Jahr. Die größere effektive Nachfrage wurde somit ausschließlich durch die raschere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes finanziert. Im III. Quartal schien die Umlaufgeschwindigkeit abzunehmen. Zum ersten Male seit 1953 stiegen die Umsätze (gemessen an den Umsatzsteuereinnahmen) vom II. zum III. Quartal weniger als die Geldmenge. Diese Entwicklung setzte sich jedoch nicht weiter fort, im Oktober und November hat sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes infolge der labilen Preis-Lohn-Situation und der internationalen Ereignisse wieder beschleunigt.

Die Tendenz steigender *Preise* und *Löhne* setzte sich auch im November fort. Die Nachfrage nach Konsumgütern im Inland und die anhaltende günstige Exportkonjunktur erleichtern es, die vom Weltmarkt (Suezkrise) und von der Lohnseite ausgehenden Kostensteigerungen auf die Preise zu überwälzen.

Der Index der *Lebenshaltungskosten* stieg von Mitte Oktober bis Mitte November um 1,6% auf 722,5 (April 1938 = 100). Er war um 3,9% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Außer dem Teilindex „Verkehrsmittel“ haben sich alle Aufwandsgruppen um 1 bis 7% erhöht. Von Oktober bis November d. J. stieg vor allem der Teilindex für Nahrungsmittel (3,1%) Teurer wurden, teilweise saisonbedingt, Gemüse, Speiseöl, Speckfild, Eier und Marmelade. Preiserhöhungen gab es außerdem (im Index nicht berücksichtigt) bei verschiedenen Textilien, Haushaltsgegenständen, ostdeutschen Braunkohlenbriketts, ausländischem Superbenzin u. a. Billiger wurden nur Puch-Mopeds (10%), Lohnerroller (7,5%) und Agfa-Kameras (10 bis 12%). Die befristete Zollbefreiung für Orangen, Mandarinen und Bananen, Fischkonserven

und Honig wird sich erst im Dezember und Jänner auswirken.

Der inländische Kohlenbergbau verlangt seit längerer Zeit die Anpassung der behördlich geregelten, unter den Auslandspreisen liegenden Preise für inländische Kohle an die tatsächlichen Erzeugungskosten. Einzelne Branchen kündigen, unter Berufung auf Lohnerhöhungen, Preiserhöhungen an. Die Baukosten werden voraussichtlich um etwa 3% steigen. Der Verband österreichischer Zeitungsherausgeber fordert nachdrücklich eine Erhöhung des Zeitungspreises. Das graphische Gewerbe teilte seinen Kunden kurzerhand mit, daß die kürzlich gewährten Lohnerhöhungen, Urlaubszuschüsse und Arbeitszeitverkürzungen auf die Preise überwälzt werden.

Die *Lohnbewegung* ist in eine neue Phase getreten. Hatten sich die Gewerkschaften in der ersten Jahreshälfte mit Erfolg bemüht, für möglichst viele Arbeiter- und Angestelltengruppen Verbesserungen in Form von „Urlaubszuschüssen“ und „Sonderzulagen“ zu erreichen, so kämpfen sie seit einigen Monaten auch um eine Erhöhung der Tariflöhne. Von Oktober bis Dezember wurden ungefähr für 60% aller in Industrie und Gewerbe beschäftigten Arbeiter höhere Tariflöhne durchgesetzt. Die Forderungen wurden teilweise mit der Verteuerung der Lebenshaltung begründet. Ab Dezember erhalten die Bauarbeiter um rund 9% (einschließlich Urlaubszuschüsse) und die Metallarbeiter um 5 bis 8% höhere Löhne. Ausgenommen sind die Metallarbeiter der Fahrzeug- und Gießereiindustrie, da diese beiden Zweige im Augenblick unter Absatzschwierigkeiten leiden. Die Arbeiter und Angestellten im graphischen Gewerbe erhalten im Dezember durchschnittlich um 12,5% höhere Löhne und weiters höhere Urlaubszuschüsse. In der papierverarbeitenden Industrie wurden neue Lohnverhandlungen aufgenommen, die

Arbeiter im Schuhmachergewerbe drohen mit Streik, wenn ihre Lohnforderungen nicht erfüllt werden.

Die Wirtschaftspolitik bemüht sich, dem Preis- und Lohnauftrieb durch kredit-, handels- und budgetpolitische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Die Verschärfung der bisherigen Kreditabkommen Ende November soll das Steigen von Preisen und Löhnen von der monetären Seite her eindämmen. Durch das neue „Zusatzabkommen“ wurden die gegenwärtigen Reserven für die Krediterteilung um die Hälfte gekürzt. Der noch zur Verfügung stehende Spielraum wurde damit von 1 682 Mill. S auf 660 Mill. S vermindert. Ab 1. November dürfen die Kreditinstitute nur noch 25% (früher 50%) des Einlagenzuwachses in kommerziellen Krediten veranlagen. Außerdem werden bestimmte Exportkredite, die früher begünstigt waren, nunmehr wie gewöhnliche kommerzielle Kredite behandelt. Die Wirkung der kreditpolitischen Maßnahmen soll durch eine liberalere Importpolitik unterstützt werden. So wurde die Zollsenkung für einige Nahrungsmittel bis Ende Jänner verlängert. Außerdem sollen, um den Preisauftrieb bei Textilien zu bremsen, die Importlizenzen für einige nichtliberalisierte Textilien bereitwilliger als bisher erteilt werden. Schließlich versucht die Finanzpolitik die Valorisierung der Beamtengehälter wenigstens teilweise auf nichtexpansive Weise zu erreichen. Die Vorverlegung der Valorisierung auf 1. Jänner erfordert im Bundeshaushalt rund 600 Mill. S. Davon sollen 350 Mill. S durch den Verkauf von Aktien der verstaatlichten Banken aufgebracht werden und der Rest aus Forderungen Österreichs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Wie weit es gelingt, die expansive Wirkung der Erhöhung der Beamtengehälter einzuschränken, hängt davon ab, wie rasch der Kapitalmarkt die Aktienemissionen abnimmt.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 11 bis 19

Die Währungslage wurde in den letzten Monaten am entscheidendsten von der aktiven Zahlungsbilanz beeinflußt. Ihre Devisenberschusse vermehrten den Umlauf, erschwerten die Beeinflussung des Geldmarktes durch die Notenbank und lockerten die quantitativen Kreditkontrollen. Das Finanzministerium hat daher Ende November mit allen schon bisher gebundenen Instituten ein neues Kreditrestriktionsabkommen abgeschlossen.

Das neue Abkommen verringert den Prozentsatz der Einlagen, die zur Deckung der Kreditgewährung dienen, kürzt die bisher nicht ausgenutzten Kreditspielrume und begrenzt die Exportkredite, die bisher nicht als Kredite im Sinne der Abkommen galten. Das Zusatzabkommen ist mit Ende Februar befristet. Man hofft, daß dann die Bilanzen aller Kreditinstitute vorliegen werden, so daß die Kreditausweitung gerechter an die individuellen Verhältnisse der einzelnen Institute angepaßt werden kann.

Ab Ende Oktober darf die Kreditausweitung nur noch 25% der nach diesem Zeitpunkt zugeflossenen Einlagen betragen. Bisher durften die Kreditinstitute 50% (die gewerblichen Kreditgenossenschaften 70%) wieder in Krediten veranlagten. Gleichzeitig werden die am 31. Oktober bestehenden Unterschreitungen der Kreditplafonds um die Hälfte gekürzt. Dadurch werden die nicht ausgenutzten Kreditreserven von 1 682 Mill. \$ auf 660 Mill. \$ vermindert. Bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und den Banken sind dadurch je 344 Mill. \$, bei den Sparkassen 261 Mill. \$ Kreditreserven gestrichen worden. Als begünstigte (nicht anrechenbare) Exportkredite gelten jetzt nur noch die Ausfuhrforderungs- und Exportfondskredite, die Ende Oktober etwa 800 Mill. \$ betragen haben. Bisher waren auch sonstige Exportkredite begünstigt. Die den Abkommen unterliegenden Institute wiesen Ende Oktober 1 306 Mill. \$ (anrechenbare) Exportkredite aus.

Die restriktive Wirkung des neuen Abkommens wird wie bisher hauptsächlich davon abhängen, wieviel Einlagen durch Transaktionen geschaffen werden, die nach den Abkommen nicht als Kredite gelten. Zu diesen gehören vor allem die Käufe von Devisen und Wertpapieren (einschließlich Bundesschatzscheinen) sowie die Erteilung von Krediten, die nicht auf das Abkommen angerechnet oder von nicht gebundenen Instituten gewährt werden.

Im Oktober nahm das *Kreditvolumen* nur um 35 Mill. \$ zu. Das Nachlassen der Kreditausweitung war aber nicht durch eine Änderung der Kreditpolitik

bedingt, sondern dadurch, daß die Verbundgesellschaft in diesem Monat einen Teil der Weltbankkredite erhielt und mit diesen Mitteln die bei den Banken aufgenommenen Vorfinanzierungskredite teilweise zuruckzahlte.

Im Verlauf dieses Jahres zeigte sich deutlich eine strukturelle Änderung in der *Kreditaufnahme der Industrie*. Die Industrie nahm bei den Banken in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1 158 Mill. \$ Kredite auf, gegen 903 Mill. \$ im gleichen Vorjahreszeitraum¹⁾. Im Vorjahr beanspruchten davon die Investitionsgüterindustrien 493 Mill. \$ oder 55%, die Konsumguterindustrien 410 Mill. \$. In diesem Jahr verschuldeten sich die Investitionsgüterindustrien mit 985 Mill. \$ (85%), die Konsumguterindustrien aber nur mit 173 Mill. \$. Ein Teil der erhöheten Kreditaufnahme der Investitionsgüterindustrien geht auf die Vorfinanzierung der Weltbankkredite zurück. Die Elektrizitätsgesellschaften hatten bisher 199 Mill. \$ für diesen Zweck beansprucht. Die übrigen Investitionsgüterindustrien mußten wahrscheinlich deshalb stärker auf Fremdmittel zurückgreifen, weil sich die Gewinne nicht so günstig entwickelten, daß die geplanten Investitionen und der Export im gleichen Ausmaß wie bisher mit Eigenmitteln finanziert werden konnten. Andererseits verminderte die Belebung der Konsumguterindustrien ihre Abhängigkeit vom Bankkredit. Eine Erschwerung der Kreditaufnahme wird daher die Investitionsgüterindustrien stärker treffen als die Konsumguterindustrien.

Die *Netto-Devisenbestande* der Notenbank haben saisongemäß im November zum ersten Male seit April wieder abgenommen. Der Abgang von 28 Mill. \$ war viel geringer als im November des Vorjahres (236 Mill. \$). In der EZU-Abrechnung entstand (bei Einrechnung von 35 Mill. \$ bilateraler Zahlungen) ein Defizit von 72 Mill. \$ gegen 119 Mill. \$ im Vorjahr.

Die Zahlungsbilanz für das III. Quartal ergibt einen Überschuß von 1 102 Mill. \$ gegenüber 379 Mill. \$ im gleichen Quartal des Vorjahres. Davon stammen 891 Mill. \$ aus dem Überschuß der Ertragsbilanz, 404 Mill. \$ aus Kapitaltransaktionen, 316 Mill. \$ mußten auf Grund des Staatsvertrages abgeliefert werden. Selbst wenn im IV. Quartal ein leichter Abgang an Devisen entsteht — im Oktober

¹⁾ Ein exakter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, weil im vorigen Jahr die Exportkredite noch nicht in der Statistik enthalten waren und Kredite an ehemalige USA-Unternehmungen in die Statistik übernommen wurden. In der obigen Berechnung wurden jedoch die „Ablosekredite“ ausgeschaltet. Die anderen Umstellungen der Statistik haben das Ergebnis nicht erheblich beeinträchtigt.

und November nahm die Notenbank noch 234 Mill. Schilling Devisen ein —, wird das Jahr 1956 mit einem Überschuß von mehr als 1 Mrd. S abschließen. Mindestens vier Fünftel davon sind allerdings aus Kapitaltransaktionen eingegangen.

Die saisonmäßige Umkehr der Zahlungsbilanzentwicklung im November machte sich sofort durch eine *Versteifung am Geldmarkt* bemerkbar. Den Abfluß von 56 Mill. S Devisen und 224 Mill. S Banknoten finanzierten die Kreditinstitute durch Rückgriff auf den Notenbankkredit. Sie reicherten 307 Mill. S Handelswechsel zum Rediskont ein und liehen sich 75 Mill. S gegen Lombard aus. Die freien Giroguthaben der Industrie nahmen nur um 11 Mill. S zu.

Veränderung des Notenumlaufes im Oktober und November

Nach dem Wochenausweis der Nationalbank vom des Monats	Oktober		November	
	1955	1956	1955	1956
	Mill. S			
1 — 7	— 71	— 150	— 383	— 397
7 — 15	— 317	— 335	— 353	— 354
15 — 23	— 484	— 556	— 505	— 492
23 — 30/31	+ 872	+ 1 082	+ 1 231	+ 1 467
1 — 30/31	± 0	+ 41	— 10	+ 224
Bargeldumlauf außerhalb des Bankensystems ¹⁾	— 73	+ 10	— 61	

¹⁾ Notenumlauf plus Münzenumlauf minus Kassenbestände der Kreditinstitute

Die Angstkäufe wirkten sich nur wenig auf den *Notenumlauf* aus. In der letzten Oktoberwoche nahm er um 210 Mill. S mehr zu als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Oktober brachte die Notenbank zwar nur um 41 Mill. S mehr Noten in Verkehr als im Oktober 1955, ein Teil des zusätzlichen Notenbedarfes wurde aber aus den Kassabeständen der Kreditinstitute gedeckt. Der Bargeldumlauf außerhalb des Bankensystems nahm daher im Oktober um 10 Mill. S zu, während er im Vorjahr um 73 Mill. S zurückging. Aber schon in den ersten drei Quartalen dieses Jahres war um 228 Mill. S oder 80% mehr Bargeld in Umlauf gekommen als im Vorjahr. Auch im November nahm der Umlauf nur in der letzten Woche stärker zu als in den gleichen Vorjahreswochen. Das weist darauf hin, daß die zusätzlichen Noten vor allem für die Finanzierung der höheren Lohn- und Gehaltszahlungen, Weihnachtssonderzahlungen, Sparvereinsauszahlungen usw. benötigt wurden und nicht für Angstkäufe. Der Novemberzuwachs von 224 Mill. S ist zwar höher als im Vorjahr, aber nur um 143 Mill. S und um 5 Mill. S größer als im Jahre 1954 und 1953. Die Angstkäufe dürften also zu einem großen Teil aus Bargeldhorten finanziert worden sein, was die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes neuerlich erhöht.

Im III. Quartal war die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes (berechnet auf Grund der Umsatzsteuereinnahmen) zum ersten Male seit 1953 niedriger als im II. Quartal und nur noch um 11% höher als im III. Quartal 1955. Seit Anfang 1954 hatte sich der Geldumlauf ständig beschleunigt und im II. Quartal dieses Jahres eine 18% höhere Geschwindigkeit als im Vorjahresquartal erreicht. Die Ausweitung der effektiven Nachfrage seit dem Vorjahr wurde ausschließlich durch diese Beschleunigung finanziert. Das Geldvolumen war Ende September um 1% kleiner als im September 1955. Im Oktober kamen 24 Mill. S mehr in Umlauf, während im Oktober des Vorjahres 186 Mill. S getilgt wurden. Dieser Unterschied geht zum größten Teil nur auf den Erlag von 88 Mill. S auf Girokonten ausländischer Kreditinstitute zurück, von denen im Vorjahr 27 Mill. S abgezogen wurden.

Die *Zunahme der Spareinlagen* war im Oktober wegen der innen- und außenpolitischen Spannungen sehr gering. Es wurden nur 36 Mill. S (vorläufige Zahl) netto eingelegt, während im Oktober der beiden Vorjahre 182 Mill. S und 246 Mill. S eingingen. Ein Teil der Spareinlagen ist allerdings auch zur Zeichnung der Investitionsanleihe des Bundes verwendet worden. Trotz des ungünstigen Zeitpunktes konnte das Garantiesyndikat 234 Mill. S, d. s. 58% der Anleihe, verkaufen.

Der *Aktienmarkt* verhielt sich wegen der internationalen Ereignisse abwartend. Die Kurse der meisten Aktien gaben leicht nach und die Umsätze gingen zurück. Nur einzelne Aktien konnten, weil günstige Bilanzen erwartet werden und dank anderen Einflüssen, beträchtliche Kurserhöhungen erzielen. Der Kursindex blieb deshalb von Mitte Oktober bis Mitte November fast stabil.

Um sich Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter zu beschaffen und den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft zu vermindern, wird der Bund einen Teil der Aktien der verstaatlichten Banken als „Volksaktien“ verkaufen. Das setzt die Veröffentlichung der Bilanzen voraus. Die drei verstaatlichten Banken haben nun zum ersten Male seit dem Krieg Bilanzen für den Rekonstruktionszeitraum 1945 bis 1954 und für 1955 vorgelegt. Da dem Aktienmarkt Material mangelt und viele Sparer eine wertgesicherte Anlage vorziehen, werden die benötigten 350 Mill. S bei einem günstigen Begebungskurs in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgebracht sein. Ein weiterer Schritt in der Richtung eines erweiterten Kapitalmarktes war die Gründung eines Investmentfonds durch eine österreichische Großbank.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 21 bis 29 und 101

Auf den *Weltmärkten* ist die Hausse, die von den weltpolitischen Spannungen Ende Oktober ausgelöst wurde, im Laufe des *Novembers* zum Großteil wieder abgeklungen. Nur auf den Märkten für Nahrungs- und Genußmittel und Textilfasern hielt sie an, auch die Seefrachtraten steigen noch. Im *Inland* überwogen Preiserhöhungen, von denen Konsumgüter stärker betroffen wurden als Investitionsgüter. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes war Mitte November um 1 6% höher als im Vormonat und um 3 9% höher als im November 1955. Die „Wirtschaftskommission“ trat Anfang Dezember neuerlich zusammen. Ihr Unterausschuß konnte berichten, daß die Fachorganisationen des Groß- und Kleinhandels ihren Mitgliedern empfahlen, die Bruttospannen für Obst und Gemüse zu senken, weiters daß die Zollstundungen für verschiedene Lebensmittel bis Ende Jänner 1957 verlängert und für Textilimporte aus den OEEC-Staaten mehr Lizenzen erteilt werden. Die *Lohnbewegung* hat neuen Auftrieb erhalten. Während sich verschiedene Berufsgruppen noch bemühen, schon seit längerer Zeit gestellte Forderungen nach höheren Löhnen oder Urlaubszuschüssen durchzusetzen — sie wurden im November teilweise befriedigt —, konnten nach den Papier-, Chemie- und Handelsarbeitern auch die Metall- und Bauarbeiter sowie die Arbeiter im graphischen Gewerbe neue Lohnverhandlungen erfolgreich abschließen.

Auf den internationalen *Stahlmärkten* wirkte sich die Sperre des Suezkanals im Gegensatz zu den Rohwarenmärkten nicht weiter aus. Infolge der hohen Nachfrage ziehen die Preise für Eisen und Kommerzstahl schon seit längerer Zeit an. Entgegen den allgemeinen Erwartungen wurde diese Tendenz durch die Suezkanalkrise kaum verstärkt, es erfolgten keine spekulativen Stahlkäufe, weder die effektiven Exportpreise der westeuropäischen Werke noch die amerikanischen Stahlpreise wurden außergewöhnlich erhöht. Die tatsächlichen Ausfuhrpreise für Walzwarenlieferungen der Montan-Unionländer an dritte Länder liegen allerdings noch immer vielfach weit höher als die Exportmindestpreise, die von der Hohen Behörde erst im September wieder neu festgesetzt wurden. Dies trifft besonders für Grob- und Mittelbleche sowie für schwere Profile zu, die — hauptsächlich wegen der starken Schiffbautätigkeit — nach wie vor sehr gefragt sind. Für sie konnten im November Preise erzielt werden, die um 5 bis 38% höher lagen als die Mindestpreise.

Exportpreise für Walzwaren der Montan-Unionländer¹⁾

	Exportmindestpreise ab 14. IX. 1956 ²⁾	Effektiv erzielbare Exportpreise	Effektive Preise in % der Exportmindestpreise
	in \$ je t		
Thomasgüte			
Vorgewalzte Blöcke	98 00	100 — 105	102 — 107
Knüppel	100 00	bis 114	114
Stabstahl, über 38 mm	113 00	124 — 130	110 — 115
Betonrundeisen und Stabstahl unter			
38 mm	110 00	115 — 118	105 — 107
Walzdraht 5'5 mm	110 00 ³⁾	115 — 118	105 — 107
Formstahl (I- und U-Träger)	117 50	135 — 146	115 — 124
Breitflanschträger	125 00	bis 146	117
Warmbandeisen	110 00 ³⁾	110	100
Röhrenstreifen	110 00 ³⁾	110 — 114	100 — 104
Universalstahl	127 50	bis 135	106
Grobbleche	127 50	162 — 175	127 — 137
Mittelbleche	127 50	155 — 162	122 — 127
Handelsfeinbleche warmg 20 g	146 70	146 70	100
Siemens-Martin-Güte			
Grobbleche	137 50	bis 190	138
Mittelbleche	137 50	bis 185	135
Universalstahl	137 50	180 — 185	131 — 135
Schiffsbleche	162 50	200 — 225	123 — 138
Schiffsbauprofil	152 50	160 — 180	105 — 118

Nach Angaben der Eisenholding G. m. b. H. — ¹⁾ Für Lieferungen in Länder außerhalb der europäischen Montanunion mit Ausnahme der Schweiz — ²⁾ Pro t. FOB Verschiffungshafen bzw. frei Grenze — ³⁾ In Kraft ab 5. Jänner 1956

Auf dem *Inlandsmarkt* stiegen wieder einzelne Preise, da vor allem vom Weltmarkt und von der Lohnseite ausgehende Kostensteigerungen überwälzt werden. Von dieser Möglichkeit machen die Erzeuger von Konsumgütern und der Handel stärkeren Gebrauch als die Investitionsgüterindustrien, bei denen die teilweise Absatzschwäche die Konkurrenz verschärft.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* ist von Mitte Oktober bis Mitte November um 0 2% gestiegen. Der Teilindex für Industriestoffe war ebenfalls um 0 2% höher als im Vormonat, da sich Jute (15%), Kautschuk (10%), Zinn (5%), Flachs (3%), Kupfer (2%) und Brennholz (2%) verteuerten. Billiger wurde nur Wolle (0 6%). Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel ist unverändert geblieben, da sich das schwache Steigen der Weizen- und Roggenpreise um je 1% nicht auswirkte. Von den Waren, die im Index der Großhandelspreise nicht enthalten sind, wurden gegenüber dem Vormonat Leinöl (17%), Linsen (9%), Eier (8%) und Heu (7%) im Großhandel teurer.

Der vom Institut für den Stichtag 15. November berechnete Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist im November um 1 6% gestiegen. Dies geht auf eine Erhöhung des Teilindex für Nahrungsmittel um 3 1% zurück, da Gemüse, Speiseöl, Speckfisz, Eier und Marmelade teurer wurden.

Neben der Preisbewegung, die im Großhandels- und Lebenshaltungskostenindex festgehalten wird, haben sich noch die Preise zahlreicher anderer Waren verändert. Von den *Erzeugerpreisen* wurden die für Weinflaschen zum Teil um 10 bis 12% gesenkt; die Preise für Kunststoffe hingegen wurden wegen Lohnerhöhungen und Verteuerung von importiertem Heizöl verschiedentlich bis zu etwa 5% erhöht. Im *Kleinhandel* verteuerten sich ostdeutsche Braunkohlenbriketts abermals um 2%, für ausländisches Superbenzin wird bei den meisten Tankstellen ebenfalls um 2% mehr verlangt als im Vormonat. Hingegen sind in der Fahrzeugindustrie die Preise teilweise zurückgegangen. Ein Werk hat die Listenpreise für Motorroller um 7,5% ermäßigt (eine weitere Verbilligung tritt dadurch ein, daß bei zwölfmonatiger Ratenzahlung keine Zinsen berechnet werden), ein anderes Werk senkte die Preise für Mopeds um 10%. Auch Agfa-Kameras wurden um 10 bis 12% billiger, da die deutschen Exportpreise ermäßigt und die Zwischenhandelsspannen reduziert wurden. Verschiedene Textilien wurden hingegen in einzelnen Geschäften um 5 bis 10% teurer. Ferner stiegen die Kleinhandelspreise für Bürsten um 10 bis 13%.

Der stärkere Viehauftrieb auf dem Wiener Markt schwächte zwar die Lebendgewichtspreise im Großhandel leicht (Rinder waren um 4%, Schweine und Kälber um 2% billiger als im Oktober), die Letztverbraucherpreise für Fleisch blieben aber annähernd stabil; bei einzelnen Rindfleischsorten waren sie sogar höher. Kalbfleisch, Schweinefleisch und Rindfleisch kosteten bis zu 4%, 5% und 9% mehr als im November 1955.

Gemüse und Obst ist weiterhin überwiegend teurer als vor einem Jahr. Auch verstärkte Einfuhren von Obst drückten nicht die Preise, da auch im Ausland die heurige Obsternte zumeist schlechter war als im Vorjahr. Die Zollbefreiung für Orangen, Mandarinen und Bananen in der Zeit vom 15. November d. J. bis 31. Jänner 1957 wird sich erst auf die Dezemberpreise stärker auswirken. Die Gemüsepreise lagen beträchtlich höher als vor einem Jahr, weil aus dem Ausland um 86% weniger als im Vormonat eingeführt wurde und das heimische Angebot nur gleich blieb.

Die *Lohnbewegung* setzt sich im verstärkten Maße fort. Die Löhne wurden seit Beginn des Konjunkturaufschwunges im Frühjahr 1953 in drei Etappen erhöht. Die *erste* Welle von 1954 ging im Vorjahr fast unvermittelt in eine *zweite* Lohnbewegung über. Bis auf einige Nachziehungen ist diese abgeschlossen. Bereits im Laufe dieses Jahres wurde diese zweite Lohnwelle von einer *dritten* über-

lagert, die sich vorwiegend auf die Gewährung von Urlaubszuschüssen und anderen einmaligen Sonderzulagen beschränkte. Während verschiedene Gruppen noch um diese Verbesserung kämpfen (insbesondere die Forst- und Sägearbeiter und verschiedene gewerbliche Berufsgruppen bemühen sich noch um Urlaubszuschüsse), hat bereits eine *vierte* Lohnrunde begonnen. Die Papier-, Chemie- und Handelsarbeiter konnten schon im Vormonat Lohnerhöhungen durchsetzen. Drei weitere wichtige Berufsgruppen, die Metallarbeiter, Bauarbeiter und die graphischen Arbeiter, führten im November ihre Lohnverhandlungen erfolgreich zu Ende. Diese Gruppen umfassen zusammen rund die Hälfte aller in Industrie und Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Sie begründeten ihre Forderungen mit der Verteuerung der Lebenshaltung und behaupteten, daß die Reallöhne der Vorkriegszeit noch nicht erreicht seien.

Die Mindestlöhne der Metallarbeiter — mit Ausnahme der Arbeiter in den Gießereien und in der Fahrzeugindustrie, die vorläufig von der Neuregelung ausgeschlossen sind — werden ab Dezember um 5 bis 8%, die Akkordrichtsätze um 6 bis 9% und verschiedene Sonderzulagen um 14 bis 45% erhöht. Die Arbeiter im Bauhaupt-, Bauhilfs- und Steinmetzgewerbe erhalten ab 3. Dezember d. J. eine Lohnerhöhung um rund 4%. Höhere Unternehmerbeiträge für die Urlaubskasse werden die Löhne im Durchschnitt um weitere 5% steigern, so daß die effektive Lohnerhöhung etwa 9% beträgt. Die Schlechtwetterregelung wurde auf die Sommermonate ausgedehnt. Über höhere Löhne im Baunebengewerbe wird noch verhandelt. Die neuen Kollektivverträge gelten im Bauhauptgewerbe für das gesamte Bundesgebiet, während im Bauhilfs- und Steinmetzgewerbe Vorarlberg und Burgenland von dieser Regelung ausgenommen sind. Ebenfalls ab Anfang Dezember tritt eine 12,5%ige Lohnerhöhung für die graphischen Arbeiter in Kraft. Ab Februar 1957 wird die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden und ab Februar 1958 auf 44 Stunden wöchentlich verkürzt, wodurch sich die Stundenlöhne um weitere 6 bis 8% erhöhen werden (falls über die verkürzte Arbeitszeit hinaus Überstunden geleistet werden, steigt infolge der Überstundenzuschläge auch der Wochenverdienst). Der Urlaubszuschuß wurde ebenfalls neu geregelt und mit 50% (bisher 25%) des Lohnes je Urlaubswoche festgelegt. Die technischen und kaufmännischen Angestellten im graphischen Gewerbe erhielten gleichfalls um 12,5% höhere Löhne. Der Urlaubszuschuß beträgt je nach Urlaubsdauer ein halbes bis ein volles Monatsgehalt. Die Arbeitszeit wird für die Angestellten ab Februar kommenden Jahres auf 47,5 und im folgenden Jahr auf 46,5 Wochenstunden reduziert werden.

Im Laufe der beiden letzten Monate konnte ferner eine Reihe zumeist kleinerer Berufsgruppen eine Nachziehung ihrer Löhne und Gehälter durchsetzen. Noch im Oktober wurden die Löhne in der Süßwarenindustrie um durchschnittlich 9%, in den gewerblichen Glasschleifereien um 5%, bei den Expeditions- und Redaktionsarbeitern der Zeitungen um 10% und bei den Musikern der Filmindustrie um 8% bundeseinheitlich erhöht. In einzelnen Bundesländern wurden für einige kleinere

Branchen gleichfalls neue Kollektivverträge abgeschlossen, die 4 bis 10%ige Lohnerhöhungen vorsehen. Den Angestellten in der Erdölindustrie wurde im November eine Gehaltserhöhung zugestanden, die je nach Verwendungsgruppe 4 bis 24% beträgt. Auch die Forderungen nach Urlaubszuschüssen wurden teilweise befriedigt. Die Arbeiter in der Holzverarbeitenden Industrie erhalten nun einen Urlaubszuschuß in der Höhe von zwei Wochenlöhnen, in der Gummi-, Regen- und Schutzbekleidungsindustrie sowie im Handschuhmachergewerbe im Ausmaß von eineinhalb Wochenverdiensten.

Verschiedene Lohnforderungen sind noch offen oder wurden neu angemeldet. Die Fleischarbeiter verhandeln schon seit langem wegen einer Erhöhung ihrer Löhne — vorläufig wurde die Auszahlung einer Überbrückungshilfe in Höhe eines Wochenlohnes vereinbart; die Arbeiter im Schuhmachergewerbe und die Angestellten der Wiener Privatspitäler drohten mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen, falls ihre wiederholt vorgebrachten Ansprüche abgelehnt werden sollten. Der Verband der Zeitungsherausgeber hat sich außerstande erklärt, die Lohnforderungen der Journalisten und kaufmännischen Angestellten zu erfüllen, da sich dies auf den Zeitungspreis auswirken müßte¹⁾. Seit kurzem sind auch bei der papierverarbeitenden Industrie Lohnverhandlungen im Gange.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* (für Verheiratete mit zwei Kindern) blieb im November unverändert, da er keine Arbeiterkategorien enthält, die im Berichtsmontat Lohnerhöhungen durchsetzen konnten und einmalige Sonderzahlungen (Urlaubszuschüsse, Remunerationen usw.) im Index nicht berücksichtigt werden. Die inzwischen verbesserten Metall- und Bauarbeiterlöhne werden den Tariflohnindex im nächsten Monat um 2,8% (ohne Kinderbeihilfen) bzw. um 2,4% (mit Kinderbeihilfen) erhöhen.

Die Entwicklung der Seefrachtraten und der internationalen Rohwarenpreise seit der Sperre des Suezkanals

Seit der Blockierung des Suezkanals ab Ende Oktober hat sich eine Reihe auch für Österreich wichtiger Rohwaren verteuert. Verschiedene asiatische und australische Waren müssen auf der längeren Kap-Route transportiert werden. Die unmittelbare Folge war eine Erhöhung ihrer Seefrachten. Mittelbar wirkte sich die Verknappung des Frachtraumes aber auch auf andere Waren aus. Die Preise auf den internationalen Rohwarenmärkten festigten sich zusehends. Der Preisaufrtrieb hatte aber nicht nur kostenmäßige Ursachen, die akute weltpolitische Spannung führte vielmehr auch zu spekulativen Käufen. Auf den westeuropäischen Märkten nahm die Preisbewegung

¹⁾ Über die Lohnforderungen der Journalisten und kaufmännischen Angestellten wurde inzwischen eine Einigung erzielt.

zeitweise den Charakter einer Hausse an, auf den amerikanischen Märkten war die Preissteigerung weit schwächer, überdies war sie dort zum Teil dem Streik der amerikanischen Dockarbeiter zuzuschreiben, der Mitte November begann, inzwischen aber wieder unterbrochen wurde.

Obwohl mit einer längeren Sperre des Suezkanals gerechnet werden muß, ist die Haussestimmung auf den Weltmärkten bisher nicht annähernd so stark wie zur Zeit des Koreakonfliktes. Der Korea-Boom wurde von einer hohen spekulativen Nachfrage getragen. Der Nachholbedarf nach dem Kriege war noch nicht gedeckt, vor allem aber wirkten sich die strategischen Hortungskäufe der Weltmächte aus. Derzeit hingegen ist in erster Linie nur eine momentane Verknappung und Verteuerung des Angebotes fühlbar; der Druck von der Nachfrageseite her ist erheblich schwächer, weil die meisten strategischen Rohstofflager seit dem Koreakonflikt nicht mehr aufgelöst wurden.

Die *Seefrachtraten* (insbesondere die Trampschifffrachtraten) sind, vor allem infolge der Knappheit an Schiffsraum, schon seit Mitte 1954 ständig gestiegen. Sie haben Ende November ihren Koreastand vielfach schon erreicht und im nordatlantischen Fahrtgebiet zum Teil bereits überschritten. Die Suezkrise hat die Frachtenhausse nur verstärkt. Von Mitte August bis Mitte November haben sich die Frachtsätze im transatlantischen Trampverkehr für Getreide um 16 bis 64% und für Kohlenfrachten um 41% erhöht; die Erdölfracht verteuerte sich von Oktober auf November um 83%. Die britischen Schiffahrtsgesellschaften schlagen auf ihre Frachtsätze im Linienverkehr mit Indien und dem Fernen Osten seit November 15% auf, weil sie die längere Kap-Route benützen müssen. Die Ametile-Konferenz, der eine Reihe süd- und südosteuropäischer sowie amerikanischer Schiffahrtsgesellschaften angehören, hat im gleichen Monat eine 25%ige Frachtratenenerhöhung im Verkehr mit den Häfen im Nahen Osten beschlossen und die deutschen Reedereien haben Frachterhöhungen angekündigt. Die Frachtversicherungs- und Kriegsrisikoversicherungssätze hingegen (bei letzteren die Frachten nach Israel, Syrien und Libanon ausgenommen) wurden bisher noch nicht erhöht.

Entwicklung der Trampfrachtraten im transatlantischen Verkehr

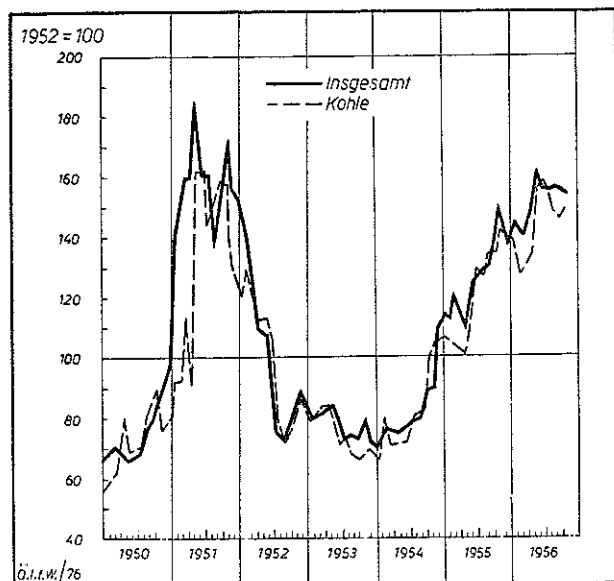
	Mitte August	Mitte Oktober 1956	Mitte November	Veränderung von Mitte August bis Mitte Nov in %
Getreide-Frachtsätze				
in \$ je t				
USA—Antwerpen oder Rotterdam	13 75	14 25	16 50	+20 0
St. Lawrence (Kanada) — Rotterdam	9 75	10 75	16 00	+64 1
Argentinien—Antwerpen oder Hamburg	19 88	22 40	23 10	+16 2
West-Australien—Antwerpen oder Hamburg	22 40	26 60	28 00	+25 0
Kohlenfrachtsätze				
USA (Hampton-Roads) — Rotterdam	9 80	10 36	13 86	+41 4
Erdölfrachtsätze				
Amerik Golf—Italien		12 00	22 00	+83 3 ¹⁾

¹⁾ Veränderung von Mitte Oktober bis Mitte November.

In erster Linie verteuert sich die Fracht für Waren, die normalerweise über Suez, jetzt jedoch über die längere Kap-Route befördert werden, d. s. etwa drei Viertel der Weltexporte von Kautschuk und Tee, zwei Drittel

Index der britischen Trampschiffahrtsraten

(Normaler Maßstab; ϕ 1952 = 100)



Die Trampschiffahrtsraten waren nach der Koreakrise, als sie einen Nachkriegshöchststand erreicht hatten, stark gesunken. Seit Mitte 1954 zogen sie jedoch wieder ständig an. Ende September waren sie dem Koreastand bereits sehr nahe (Ende November hatten sie ihn im nordatlantischen Fahrtgebiet schon überschritten).

von Zinn, drei Fünftel von Wolle und die Hälfte der Jute-Weltexporte. Von der internationalen Erdölförderung werden zwar nur etwa 13% über Suez verschifft, d. s. jedoch etwa 85% der westeuropäischen Gesamtimporte. Die preisteigernde Wirkung der Frachtsätze darf allerdings nicht überschätzt werden. Die Fracht macht bei den meisten nach Österreich eingeführten Roh- und Fertigwaren derzeit etwa 5 bis 10% der Importpreise aus; selbst geringe Preisverschiebungen, die sich aus Veränderungen von Angebot und Nachfrage ergeben, wirken sich daher viel stärker aus als jede Bewegung der Frachtraten. Überdies werden viele Waren zu Frachtsätzen befördert, die schon vor einigen Monaten vereinbart wurden und in manchen Fällen kompensiert die Ermäßigung der Kriegsrisikoprämie den Frachtkostenzuschlag für die Umleitung über die Kap-Route. Nur die Preise für Getreide und Kohle reagieren auf Frachtveränderungen empfindlich. Bei kanadischem Weizen macht die Fracht gegenwärtig etwa 20% und bei amerikanischer Kohle bereits mehr als 50% der cif-Preise nach europäischen Häfen aus. (Etwa die Hälfte der österreichischen Kohlenimporte stammen aus den USA.)

Größer sind die Auswirkungen auf die *Frachtlage*. Die Blockierung des Suezkanals verteuert nicht nur die Fracht und verzögert die Transporte, sie verknappt auch den schon bisher beschränkten Schiffsraum noch mehr. Mit dem vorhandenen Tankerraum kann nur etwa die Hälfte der bisherigen Ölmenge aus dem Mittleren Osten befördert werden. In Westeuropa ist dadurch bereits eine Verknappung der Erdölversorgung entstanden, die auch ein amerikanisches Hilfsprogramm nicht ganz beheben wird. (Die Versorgung Österreichs mit Erdölprodukten wird durch die heimische Förderung größtenteils gesichert, nur Heizöl ist sehr knapp.) Diese Krise wird vermutlich

auch die Frachtraten für amerikanische Kohle weiter erhöhen, da die westeuropäischen Länder versuchen werden, den Mangel an Erdöl durch verstärkten Einsatz von Kohle wettzumachen.

Die Seefrachtbelastung von Rohwaren

	Seefrachtbelastung in % der Preise frei österr. Grenze	
	November 1954 ¹⁾	November 1956 ²⁾
Kakaobohnen (Goldküste-Triest)	2	3
Kaffee (Brasilien-Triest)	2	3
Wolle (Australien-Triest)	2	3
Baumwolle (Ägypten-Triest)	2	3
Kupfer (Amerika-Hamburg)	3	5
Kohle (Amerika-westeurop. Hafen)		54 ³⁾
Weizen (Kanada-westeurop. Hafen)		20 ³⁾

¹⁾ Vgl. auch „Die Frachtbelastung der österreichischen Importe“, Monatsberichte, Heft 7, Jg. 1954. — ²⁾ Unter Annahme einer Erhöhung der Seefrachtraten um 50% gegenüber November 1954. — ³⁾ In % der cif-Preise nach westeuropäischen Häfen.

Die Entwicklung der internationalen Rohwarenpreise seit der Suezkrise läßt sich am besten an Hand der sehr reagiblen Londoner Rohwarennotierungen verfolgen. Vom 25. Oktober — also wenige Tage vor der Sperre des Suezkanals — bis Ende November können im wesentlichen drei Tendenzen unterschieden werden: Eine Gruppe von Waren blieb ziemlich stabil (insbesondere Kaffee und Blei), die Preise einer zweiten Gruppe (einige NE-Metalle sowie Kakao) stiegen zunächst sprunghaft, später aber erhöhten sie sich nur geringfügig oder gingen zum Teil sogar zurück; die Preise einer dritten Gruppe von Waren (Pflanzenöle, Textilfasern, Kautschuk, Zucker und Tee) zogen erst im November — dann aber um so stärker — an.

Am stärksten stiegen die Preise für Tee (vom 25. Oktober bis 30. November um 56%) — der Londoner Markt verfügte vor der Suezkrise nur über geringe Teevorräte, weil die Importeure mit einem niedrigeren Preisniveau zu Jahresende gerechnet hatten —, Rohzucker (39%) und verschiedene Pflanzenöle, wie Sojabohnen- (30%), Erdnuß- (25%) und Kokosöl (19%). Kautschuk (22%) profitierte vor allem von den nicht allzu großen Vorräten in den europäischen Verbraucherländern und der Konjunkturbelebung der amerikanischen Reifenindustrie. Von den Textilfasern zogen vor allem Jute (14%) und Merinorohwolle (12%) kräftig an. Während Jute ein „Kanal-Rohstoff“ ist, war die Verteuerung australischer Merinowolle (für Kreuzzuchtqualitäten war sie schwächer) nicht dem Suezkonflikt, sondern vor allem der starken Nachfrage Rußlands und Japans zuzuschreiben. Amerikanische Baumwolle festigte sich (+ 7%) vor allem infolge der vorübergehenden Schließung der ägyptischen Baumwollbörse und der Einleitung des Bodenbankprogrammes in den USA, das eine Verringerung der Anbaufläche vorsieht. Bei den NE-Metallen sind die Notierungen von Zinn und Kupfer innerhalb weniger Tage (25. Oktober bis 1. November) sprunghaft gestiegen (um 8% und 13%), Zink und Blei

¹⁾ Die Londoner Notierung bezieht sich auf getrocknete, verarbeitungsreife Kokosnüsse.

hingegen zogen weniger stark an (4% und 2%). Die Preise für Zinn, Kupfer und Blei gingen bis Ende November wieder um 3%, 6% und 0 3% zurück, nur Zink notierte infolge, allerdings beschränkter, strategischer amerikanischer Käufe um weitere 2% höher. Auch der Kakaopreis zog zunächst stark an (9%), erhöhte sich aber dann nur noch um 2%. Die Kaffeenotierung war hingegen Ende November gleich hoch wie am 25. Oktober

Trotz den zum Teil sprunghaften Preiserhöhungen sind nur wenige Waren beträchtlich teurer als im Vorjahr. Die von der Suezkrise ausgelösten Preissteigerungen milderten in vielen Fällen nur die vorherige Preisschwäche. Nur die Preise für Tee, Rohwolle und Zinn überschritten Ende November am Londoner Markt den Vorjahresstand beträchtlich (um 42%, 33% und 9%); Kupfer, Kakao, Kautschuk und amerikanische Baumwolle notieren dagegen noch immer (um 29%, 15%, 12% und 4%) niedriger.

Die Veränderung der *internationalen Rohstoffpreisindizes* bringt die stärkere Verteuerung der Rohwaren auf den westeuropäischen wie auf den amerikanischen Märkten deutlich zum Ausdruck. Reuter's Index für Sterlingswaren ist während des ganzen Beobachtungszeitraumes (25. Oktober bis 30. November) um 9 5% auf 512 6 gestiegen, Moody's Index für amerikanische Industrierohstoffe hingegen nur um 5 0% auf 438 3. Die beiden Indizes waren um 5 6% und 8 9% höher als im Vorjahr (Stichtag 30. November)

Die bisherigen Verteuerungen am Weltmarkt werden in Österreich nur zum Teil stärker fühlbar werden. Vermutlich werden die Preise von Pflanzenölen, Textilfasern und möglicherweise auch von importierten Erdölprodukten und Auslandskohle stärker betroffen werden als die anderer Waren. Die beträchtliche Verteuerung von Tee und Zucker wird hingegen auf die Inlandspreise geringeren Einfluß haben, da die Teevorräte genügend groß und der Bedarf gering ist und der österreichische Zuckerverbrauch zu etwa 80% aus der inländischen Erzeugung bestritten wird — zusätzliche Importe werden erst im nächsten Jahr notwendig werden, da die heurige Kampagne bereits angelaufen ist.

Londoner Rohwarennotierungen

	25. Oktober 1956 = 100		30. Nov. 1955 = 100	
	1. Nov. 1956	30. Nov. 1956	30. Nov. 1955	30. Nov. 1956
Kupfer	112 7	105 5	71 2	
Blei	102 4	102 1	106 3	
Zinn	108 4	105 4	109 0	
Zink	103 6	106 1	105 3	
Baumwolle	100 0	106 9	95 7	
Wolle	102 3	112 3	132 7	
Jute	109 1	113 6		
Kautschuk	114 7	122 1	88 3	
Zucker	98 5	138 7		
Tee	111 0	156 1	142 3	
Kakao	109 0	110 9	84 8	
Kaffee	96 3	100 0	100 0	
Sojaböl	101 7	129 9		
Erdnußöl	102 3	124 6	152 8	
Getr. Kokosnüsse	110 4	118 7	137 4	

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3 I bis 3 II

Die *Feldarbeiten* wurden im November durch Frost unterbrochen. Viele Betriebe — besonders größere — gerieten mit Rübenenernte und Ackerungen

in Rückstand. Ende November waren noch 20% der Zuckerrüben im Boden. Der Hektarertrag an Zuckerrüben ist um 5 bis 7%, der Gesamtertrag — zum Teil infolge der geringeren Anbaufläche — um etwa 10% niedriger als im Jahre 1955. Wenn der Boden wieder offen ist, müssen alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden, um mit der Ackerung vor dem anhaltenden Frost fertig zu werden. (Äcker, die vor dem Winter gepflügt wurden, haben eine bessere Gare, speichern mehr Wasser, machen weniger Mühe im Frühjahr und liefern höhere Erträge.) Die *Herbstsaaten* entwickelten sich nicht so günstig wie im Jahre 1955; Raps steht stellenweise schütter, auch Roggen, Weizen und Wintergerste blieben schwach. Bleibt Schnee aus, sind Frostschäden zu befürchten.

Der Düngemittelhandel bezog im III. Quartal um 4% mehr *Kunstdünger* und um 41% mehr *Düngekalk* als im gleichen Vorjahresquartal. Im einzelnen waren die Umsätze sehr unterschiedlich; größeren Mengen Misch- (+44%), Phosphat- (+20%) und Kalidüngemitteln (+6%) standen geringere an Stickstoffdünger (-33%) gegenüber. Von Jänner bis Ende September wurden im Vergleich zum Vorjahr mehr Misch- (+93%) und Phosphatdünger (+12%), hingegen weniger Stickstoff- (-9%) und Kalidünger (-14%) geliefert, insgesamt stieg der Absatz nur um 1%. Die Düngekalkmengen waren sogar um 28% niedriger. Wohl decken sich die quartalsweisen Umsätze wegen der schwankenden Lagerhaltung bei Großhandels- und Agrarbetrieben nicht unmittelbar mit dem Kunstdüngerverbrauch der Landwirtschaft; da diese Tendenz aber schon über drei Quartale angehalten hat, dürfte der Düngerbezug des Handels doch auf den Verbrauch der Landwirtschaft schließen lassen.

Düngerlieferungen

Jahr	Quartal	Stickstoffdünger	Phosphatdünger	Kalidünger	Misch- u. Volldünger	Kunstdünger insges.	Düngekalk
		1 000 t					
1955	I	44 7	88 7	56 2	2 0	191 6	17 8
	II	52 1	40 7	25 0	2 1	119 9	25 8
	III	43 2	92 3	32 7	0 9	169 1	15 8
1956	I	40 3	92 5	50 6	4 2	187 5	10 7
	II	58 9	45 4	12 6	4 1	121 0	9 7
	III	28 8	111 0	34 5	1 3	175 7	22 2

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft schränkte ihre Investitionen im III. Quartal stark ein. Das Volumen der *Bruttoinvestitionen von Traktoren und Landmaschinen*, das im I. und II. Quartal um 31% und 40% höher als im Vorjahr war, fiel im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen des Institutes auf 82% von 1955 (83% bei Traktoren und 80% bei Landmaschinen).

Die Investitionen im III Quartal (ohne Anhänger und Wagen) hatten einen Wert von 304 Mill S gegen 356 Mill S im Vorjahr. In den ersten 9 Monaten kaufte die Landwirtschaft Traktoren und Landmaschinen im Werte von 108 Mrd S (gegen 0 96 Mrd S im vorigen Jahr)

Volumen und Wert der Bruttoinvestitionen von Traktoren und Landmaschinen¹⁾

Jahr Quartal	Volumen der Investitionen			Wert der Investitionen		
	Trak- toren	Landma- schinen	Insgesamt	Trak- toren	Landma- schinen ²⁾	Insgesamt
	Ø 1950=100			Mill. S zu laufenden Preisen		
1955 I	298 4	111 6	165 6	92 5	144 7	237 2
II	439 8	172 7	249 9	131 9	239 6	371 5
III	484 7	170 9	261 7	142 4	213 1	355 5
IV	484 7	134 2	235 5	141 9	140 3	282 2
Insgesamt	426 9	147 3	228 1	508 7	737 7	1 246 4
1956 I	449 8	123 0	217 5	137 6	176 8	314 4
II	690 8	196 2	350 9	209 1	247 8	456 9
III ³⁾	403 2	137 1	214 1	122 9	180 8	303 7

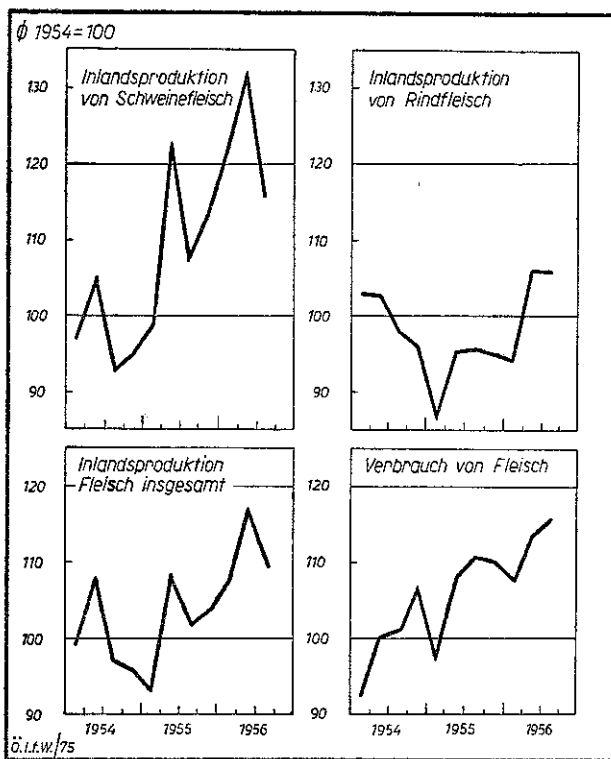
¹⁾ Institutsberechnung. — ²⁾ Der Wert der Investitionen von Landmaschinen wurde auf Grund von Angaben der Landmaschinenindustrie neu berechnet — ³⁾ Vorläufige Angaben

Da die Landwirtschaft auch im Oktober um 39% mehr *Brotgetreide* als im Vorjahr auf den Markt brachte, ist die Versorgungslage sehr günstig. Die freien Lagerbestände bei den Mühlen waren am Monatsende um 41 000 t (38%), die Sperrlagerbestände um 30.000 t (147%) und die Vorräte in den Getreidesilos um 43 000 t (89%) größer als im Jahre 1955. Im ganzen übertreffen die Vorräte an Weizen jene vom Vorjahr um 91.000 t (65%) und an Roggen um 23 000 t (63%); sie decken den Mahlbedarf an Weizen für 163, an Roggen für 94 Tage (im Vorjahr 99 und 57 Tage). Die großen Lager an Weizen und das anhaltend starke Angebot aus dem Inland veranlassen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, die Vermahlungsquote für ausländischen Qualitätsweizen im November und Dezember von 35% auf 30% zu kürzen.

Trotz dem Ausfall von Importen (aus Ungarn) war die Landwirtschaft mit *Futtermitteln* noch relativ gut versorgt. Nur im November wurde Mais zeitweise knapp, bis größere Einfuhren aus den USA eintrafen. Der Verbrauch und die Vorräte an ausländischem Futtergetreide lagen Ende September um 17% und 66% niedriger als im letzten, aber um 45% und 85% höher als im vorletzten Jahr; der Vorrat an Ölkuchen ging sogar um 46% (gegenüber 1955) und 14% (gegenüber 1954) zurück. Die weltweiten Spannungen legen nahe, die Lager wieder aufzufüllen. Zur Zeit liegen die Preise für Ölkuchen, Fischmehl und Fleischmehl auf den Auslandsmärkten wegen der teuren Seetransporte sehr fest. Diese Futtermittel muß Österreich größtenteils importieren. Da sie nicht preisreguliert sind, wird der Preisauftrieb in Kürze auch den Markt in Österreich beeinflussen.

Marktproduktion und Verbrauch von Fleisch

(Normaler Maßstab; Ø 1954 = 100)



Der Verbrauch von Fleisch hat sich mit dem Konjunkturaufschwung stark erhöht. Die Produktion von Schweinefleisch stieg — von Saisonschwankungen abgesehen — seit 1954 ziemlich stetig, im Jahre 1957 wird sie jedoch fallen. Die Produktion von Rindfleisch, die von Sommer 1954 bis Frühjahr 1956 zurückgegangen war, konnte wieder aufholen. Voraussichtlich wird eine Mehrproduktion von Rindfleisch den Rückgang von Schweinefleisch im kommenden Jahre teilweise ausgleichen.

Im Oktober lieferte die Landwirtschaft um 10% und im November — eine vorläufige Angabe — um 8 bis 10% mehr *Milch* an die Molkereien als im Vorjahre. Die Produktion von Butter und Käse lag im Oktober um 19% und 4% über dem Niveau von 1955. Von Jänner bis Ende Oktober betrug die Marktproduktion an Milch 1 02 Mill. t oder 105% von 1955, an Butter wurden 18.624 t (+ 8%), an Käse 13 971 t (+ 9%) erzeugt.

Der *Fleischverbrauch* der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung war nach den Berechnungen des Institutes im I. und II. Quartal um 11% und 6% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, im III Quartal aber nur um 4%. Im I. und II. Quartal wurden je 98%, im III. Quartal 92% des Verbrauches durch die *inländische Produktion* gedeckt (im Vorjahre 94%, 98% und 91%). Die österreichische Landwirtschaft steuerte für das Inland in den einzelnen Quartalen nicht nur um 15%, 6% und 5% mehr Fleisch bei als im Jahre 1955, sie steigerte gleichzeitig auch die Ausfuhr von Schlachtvieh, Fleisch und Fleisch-

waren, die sich im Jahre 1955 stark verringert hatte, auf das 1½-, 2- und 7fache, sowie den Export von Zucht- und Nutztieren auf das 4-, 7- und 3fache. Das Angebot aus dem Inland nahm nicht bei allen Fleischarten gleich stark zu: an Schweinefleisch stieg es im Vergleich zum Vorjahre um 23%, 8% und 8%, an Rindfleisch um 8%, 12% und 11%; die Kalbfleischmenge war nur im I. Quartal um 5% höher, im II. und III. Quartal jedoch um 1% und 2% niedriger. Die Steigerung der heimischen Fleischproduktion ist vor allem den guten Getreide-, Hackfrucht- und Futterernten von 1955 und 1956 zu danken.

Im November stieg das *Fleischangebot in Wien* um 6%, es lag um 5% über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zu November 1955 kamen im Wochen-durchschnitt um 4% mehr Schweine, um 2% mehr Rinder und um 4% mehr Kälber auf den Markt. Die Fleischversorgung Wiens aus dem Inland nahm gegenüber dem Vormonat um 10% zu, blieb aber um 2% unter dem entsprechenden Vorjahresstand; es wurden weniger Schweine (–12%), mehr Rinder (+5%) und mehr Kälber (+6%) geliefert.

Stabiler Holzmarkt trotz verringertem Einschlag und erhöhtem Holzexport

Im III. Quartal sind nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 215 Mill. *fm* *Derbholz* geschlagen worden, um 1% weniger als im Jahre 1955, aber um 15% mehr als im Jahre 1954. An Nutzholz (180 Mill. *fm*) fielen um 2% und 18% größere Mengen an, an Brennholz (035 Mill. *fm*) um 10% geringere Mengen als im Vorjahr, aber um 2% größere als im Jahre 1954. Für den Markt wurde um 1% und 19% mehr Holz geschlägert – vor allem mehr Nutzholz (+2%, +20%) –, für den Eigenbedarf der Waldbesitzer dagegen um je 7% weniger.

Die Fällungen in den ersten 9 Monaten (556 Mill. *fm*) lagen um 17% unter dem Vorjahresniveau, die Nutzung von Nadelholz (–18%) wurde stärker eingeschränkt als die von Laubholz (–12%). Die Bundesländer Vorarlberg und Tirol, die im Winter 1954/55 arge Sturmschäden erlitten hatten, erzeugten bloß 32% und 61% der Holzmengen vom Vorjahr. Auch das Nutzholzsortiment zeigt größere Veränderungen: Es wurden mehr Schwellen (+10%), etwas weniger Schleifholz (–3%) und Grubenholz (–7%) und erheblich geringere Mengen Bloche, Derbstangen (–21%), Telegraphenstangen, Maste (–24%) und Zeugholz (–31%) erzeugt als im Vorjahre.

Die Zahl der mit der Fällung und Holzlieferung Beschäftigten (36.892) ist im Vergleich zum Vorjahre (38.019) viel weniger zurückgegangen als die geför-

derte Holzmenge (–3% gegen –17%). Vermutlich ist diese große Differenz vorwiegend darauf zurückzuführen, daß die Angaben über den Einschlag in den ersten 3 Quartalen 1956 wieder unvollständig sind¹⁾. Erfahrene Forstleute glauben, daß das Jahresergebnis des Holzeinschlages niedriger sein wird als im Vorjahre und etwa gleich hoch wie im Jahre 1954 (10,9 Mill. *fm*).

Auf den Privatwald (mit 67% der Waldfläche) entfielen 78%, auf den Staatswald (mit 15%) 16% und auf den Körperschaftswald (mit 18%) 6% der gesamten Holzmenge. Der Bauernwald lieferte 43% der Holzmenge bei einem Flächenanteil von nur 34%, der übrige Privatwald (Flächenanteil 33%) 35%. Die Holzschlägerungen wurden im Vergleich zu 1955 am stärksten im Körperschaftswald (–41%) und im Staatswald (–23%) eingeschränkt, am wenigsten im Bauernwald (–12%) und im Privatwald über 50 *ha* (–15%). Die Erlöse aus den Holzverkäufen des Kleinwaldes wurden größtenteils zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen verwendet. Die anhaltende *Überschlägerung im Bauernwald* legt dringend nahe, der Landwirtschaft neue Kredite zur Finanzierung ihrer Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Der *Holzmarkt in Österreich* blieb bisher trotz vermindertem Einschlag und erhöhten Holzausfuhren ziemlich stabil. Dazu trug vor allem bei, daß die Erlöse im Export zurückgingen und Sägewerke und Holzhandel ihre Rundholzkäufe einschränkten. Vor allem die Schwäche des skandinavischen Holzmarktes und der rückläufige Schnittholzverbrauch im Inland scheinen den Holzhandel zu einer vorsichtigen Einkaufspolitik bewogen zu haben. Der Exporterlös je *t* Schnittholz war im III. Quartal zwar gleich hoch wie im II. und sogar um 5% höher als im I. Quartal, je *m*³ jedoch fiel er infolge eines geringeren spezifischen Gewichtes des Holzes – es wurde in letzter Zeit überwiegend trockenes Holz ausgeführt – um 3% und 4%.

Daß die Nachfrage nach Sägerundholz zurückgegangen ist, ergibt sich aus dem *Verschnitt* bei den Sägen und aus den *Lagerveränderungen*. Dem Bundesholzwirtschaftsrat zufolge wurden im Jahre 1956 bis Ende September 557 Mill. *fm* Rundholz verschnitten, um 4% weniger als im gleichen Zeitraum 1955. Gleichzeitig lichteten sich jedoch auch die Rundholzlager der Sägewerke (Werks- und Waldlager) um 184 000 *fm* (14%) und die Schnittholzlager (bei Sägen und Holzhandel) um 43 000 *m*³ (6%), wogegen der Rundholzvorrat beim Waldbesitz – trotz dem Rückgang der Holzfällung um 117 Mill. *fm* (17%) – noch um 82 000 *fm* (7%) stieg.

¹⁾ Vgl. auch Monatsberichte, Heft 8, Jg. 1956, S. 269.

Verschnitt und Vorrat an Holz

(Stand Ende September)

Art	1953	1954	1955	1956
		1 000 fm ohne Rinde		
Verschnitt von Sägerundholz (I.—III Quartal)	4 534 8	5 329 5	5 784 4	5 574 0
Produktion von Schnittholz, 1 000m ³ , (I—III Quartal)	2 961 3	3 504 3	3 808 3	3 686 2
Schnittholzlager bei Sägen und Holzhandel, 1 000m ³	645 6	454 0	747 9	704 6
Rundholzlager der Sägewerke ¹⁾	920 9	971 3	1 307 4	1 123 2
Nutzholzlager beim Waldbesitz ²⁾	1 225 8	1 189 7	1 231 9	1 314 2
Brennholzlager beim Waldbesitz ²⁾	128 6	218 3	169 2	210 0

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundesholzwirtschaftsrat —
1) Werks- und Waldlager — 2) Noch nicht verkaufte Vorräte aus den Schlägerungen der ersten drei Quartale.

In das Ausland lieferte Österreich in den ersten 9 Monaten 1956 2 75 Mill. m³ Schnittholz (Nadel- und Laubschnittholz, behauenes Holz, Kisten und Steigen) und 0,24 Mill fm Rundholz, um 11% und um 100% mehr als im vorigen Jahr. Das Volumen der Holzausfuhr — auf Rohholzbasis — lag um 16% über dem Vorjahresniveau, insgesamt benötigte man für den Export um 650 000 fm mehr Rohholz. Außer der Beschäftigung und den Lagerveränderungen läßt auch der Mehrbedarf für den Export darauf schließen, daß der Holzeinschlag viel weniger eingeschränkt wurde, als die Angaben besagen

Volumen der Holzausfuhr¹⁾

(Rohholzbasis)

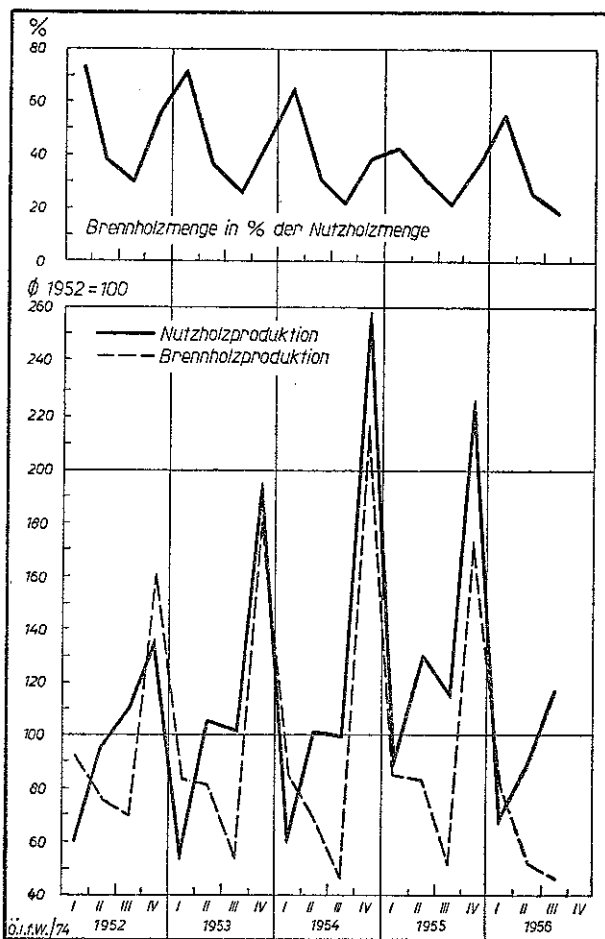
	1 Jänner bis 30. September	
	1955	1956
	1 000 fm	
Nadelschnittholz	3 593 9	3 956 5
Kisten und Steigen	20 9	23 0
Laubschnittholz	83 1	86 9
Bauholz, behauen	87 6	115 6
Rundholz ²⁾	117 4	235 1
Brennholz	47 0	179 4
	3 949 9	4 596 5
Index	100 0	116 4

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — 1) Für die Umrechnung auf Rohholz bzw Festmeter wurden folgende Schlüssel verwendet: 65% Ausbeute bei Nadelschnittholz, Kisten und Steigen, 70% bei Laubschnittholz 90% bei behauenen Bauholz; 1 rm Brennholz = 0,6 fm, 1 fm = 750 kg — 2) Grubenholz Telegraphenstangen, Nadel- und Laubrundholz, Waldstangen und Ramppfähle

Der Absatz von Schnittholz im Inland blieb auch im III Quartal um 15% unter dem Vorjahresstand; der Rückgang im I und II Quartal betrug 12% und 10%, von Jänner bis September 9% (100.000 m³). Während Holz bei Neubauten mehr und mehr durch andere Baustoffe verdrängt wird, nimmt der Rohstoffbedarf der Holzverarbeitenden Industrien, besonders der Papier-, Zellstoff- und Möbelindustrie, zu. Der Holzbedarf der österreichischen Wirtschaft hat sich daher im ganzen kaum verringert. Die Exporte von Holz und der Verbrauch im Inland sind derzeit um über 3 Mill fm größer als jene Mengen, die die Forstwirtschaft auf die Dauer — ohne Substanzverzehr — zur Verfügung stellen kann. Eine „Zentralstelle für

Entwicklung des Holzeinschlages

(Normaler Maßstab; in %, ϕ 1952=100)



Die Schlägerungen von Holz verteilen sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Quartale; sie sind am höchsten im IV und am niedrigsten im I Quartal. Im Winter 1954/55 fielen große Holz mengen durch Windwürfe an. Seit 1952 (I bis III Quartal) stieg die Nutzholzerzeugung um 5%, die Brennholzproduktion fiel um 25%. Der erhöhte Nutzholzanfall verbesserte die Rohstoffversorgung der Industrie und ermöglichte steigende Holzexporte.

forst- und holzwirtschaftliche Bilanz“, die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft kürzlich errichtet wurde, soll Bedarf und Produktion von Holz in Hinkunft aufeinander abstimmen.

Die Holzpreise im Inland schwanken nur wenig. Der Preis für Sägerundholz war seit Herbst 1955 ziemlich stabil, im September und Oktober dieses Jahres hat er leicht angezogen. Da sich Schnittholz geringfügig verbilligte, verschob sich die Preisrelation Schnittholz: Rundholz zu Ungunsten der Schnittholzerzeuger. (Im Oktober 1955 kostete 1 m³ Schnittholz 2,06, im Oktober 1956 1,97mal so viel wie 1 fm Rundholz.) Die Preise für Schleifholz blieben seit dem Vorjahre unverändert, Brennholz wurde etwas billiger.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4 1 bis 4 5

Der Ausfall der Erdöllieferungen aus dem Nahen Osten hat die Energieversorgung Europas sehr erschwert und die meisten europäischen Länder gezwungen, den Treibstoffverbrauch einzuschränken. Teils wurde rationiert, teils der Straßenverkehr (Sonntagsfahrten) eingeschränkt, oder der Verbrauch wurde auf andere Art gekürzt. Weit empfindlicher als der Mangel an Treibstoffen, der zwar den Automobilisten unangenehm berührt, die Entwicklung der Gütererzeugung aber kaum beeinträchtigt, droht der Heizölmangel zu werden. Bei weitem nicht alle Verbraucher können kurzfristig auf andere Energieträger — vor allem Kohle — ausweichen. Trotzdem hat die zusätzliche Kohlennachfrage die Lage auf dem europäischen Brennstoffmarkt noch mehr angespannt. Da die Kohlentförderung in Europa dem Bedarf nicht mehr folgen kann, steigt die Nachfrage nach amerikanischer Kohle. Sie ist zwar reichlich verfügbar, kann aber aus Mangel an Schiffsraum und infolge von Kapazitätsengpässen im amerikanischen Verladehafen nicht in beliebigen Mengen nach Europa gebracht werden.

Wie kritisch die Kohlenlage beurteilt wird, geht aus dem Bestreben Frankreichs hervor, innerhalb der Montanunion „Mangellage“ erklären zu lassen. Dies würde nach den Bestimmungen der Montanunion eine sofortige Bewirtschaftung der Kohle zur Folge haben. Bisher hat sich vor allem die Bundesrepublik Deutschland einem solchen Schritt widersetzt.

In der nächsten Zukunft wird die Energieversorgung Europas vor allem vom Umfang der amerikanischen Kohlen- und Öllieferungen abhängen. Erst Anfang Dezember wurden die wichtigsten USA-Ölgesellschaften ermächtigt (vor allem durch entsprechende Umstellungen der amerikanischen Ölwirtschaft), die Öllieferungen nach Europa zu forcieren. Zu diesem Zweck wurde zusätzlich zum vorhandenen Tankerraum ein Teil der (eingemotteten) amerikanischen Tankerreserve zur Verfügung gestellt und gleichzeitig Tanker von der Kap-Route auf die Atlantik-Route umgeleitet.

Auch die österreichische Energieversorgung am Beginn des Winters wirft einige Probleme auf. Wohl kann sich Österreich im großen und ganzen selbst mit Erdölprodukten versorgen (der Mangel an Heizöl bestand schon vor dem Beginn der europäischen Versorgungskrise und ist in seinen Wurzeln dem verzerrten Preisgefüge in der österreichischen Energiewirtschaft zuzuschreiben). Es war bisher nicht nötig, Verbrauchsbeschränkungen anzuordnen. Das Verbot der Benzinabgabe in Fässern oder Kanistern soll

nicht den Verbrauch drosseln, sondern Hamsterkäufen vorbeugen. Die Heizölkrisen aber hat sich doch ernstlich verschärft. War früher der Heizölimport (zur Deckung des inländischen Defizites) nur eine Preisfrage — zu Weltmarktpreisen hätte man genügend Heizöl beschaffen können —, so ist nun das Angebot auch mengenmäßig so begrenzt, daß der Bedarf keinesfalls gedeckt werden kann. Außerdem würde der Preis ab Grenze etwa das Doppelte des Inlandspreises betragen.

Für die Kohlenversorgung ist entscheidend, daß Österreich derzeit fast die Hälfte seines Bedarfes mit amerikanischer Kohle deckt. Je länger die internationalen Spannungen anhalten und je mehr die internationale Nachfrage nach amerikanischer Kohle steigt, um so schwieriger werden sich die bisherigen Bezüge aufrechterhalten lassen. Das sprunghafte Steigen der Frachtraten — sie sind schon jetzt mehr als doppelt so hoch wie der Kohlenpreis frei amerikanischen Gruben — führt außerdem zu Schwankungen der österreichischen Einstandspreise, wie sie beim Bezug kontinentaler Kohle keinesfalls auftreten. Der Bezug aus den traditionellen Lieferländern ist begrenzt. Polen hat sogar die Absicht, weniger Kohle zu liefern als bisher. Der heimische Bergbau hat seine Leistungsgrenzen erreicht und kann nicht viel mehr als bisher zur heimischen Kohlenversorgung beitragen. Das ungelöste Preisproblem der Inlandskohle — ihre Preise blieben seit 1951 unverändert — hat übrigens die Ertragslage einiger Bergbaue so entscheidend geschwächt, daß sie notwendige Ersatzinvestitionen nicht mehr vornehmen konnten und die Förderung einschränken mußten.

Die Kohlenimporte gingen im Oktober sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vorjahre zurück, weil weniger amerikanische Kokskohle angeliefert wurde. Gleichzeitig erhöhte zwar der heimische Bergbau seinen Absatz, konnte aber das Manko nicht ausgleichen. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Oktober aus dem Inlande und aus Importen 721.000 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 3% weniger als im September. In den nächsten Monaten wird vor allem polnische Kohle knapp werden, weil Polen kein Zusatzkontingent mehr liefern wird. Ersatz für die ausgelassenen Mengen kann voraussichtlich nur aus den USA beschafft werden. In den europäischen Lieferländern werden keine zusätzlichen Bestellungen angenommen. Da die meisten Verbraucher schon seit dem Frühjahr ihre Kohlenvorräte allmählich aufgestockt haben, wird man kürzere Störungen wahrscheinlich überbrücken können. Längerfristig wird die Kohlenversorgung nur gesichert werden können, wenn der Be-

zug amerikanischer Kohle auf keine ernsteren Schwierigkeiten stößt. Solange die gegenwärtige Krise andauert und es an Schiffsraum mangelt, wird man allerdings mit hohen Kohlenpreisen rechnen müssen.

Die Elektrizitätswirtschaft konnte in den letzten Monaten ihre Brennstoffvorräte soweit erhöhen, daß sie die Stromversorgung in den Wintermonaten ohne größere Störungen durchführen können. Extrem lange Kälteperioden — ähnlich wie im Vorjahre — würden allerdings die Erzeugung der Wasserkraftwerke so stark beeinträchtigen, daß die vorhandene Kapazität an Dampfkraftwerken den Ausfall nicht mehr wettmachen könnte.

Die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung erzeugten im Oktober 777 Mill. kWh, um 109 Mill. kWh mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Von diesem Zuwachs entfallen 84 Mill. kWh auf Wasserkraft- und 25 Mill. kWh auf Dampfstrom. Vom gesamten Dampfstrom (223 Mill. kWh) wurden 107 Mill. kWh aus heimischer Braunkohle und 75 Mill. kWh aus Erdgas gewonnen. Bis Ende Oktober erhöhten die Dampfkraftwerke ihren Brennstoffvorrat auf 227.000 t Kohle (SKB) und 21.000 t Heizöl.

Die Stromexporte — überwiegend nach Deutschland — waren im Oktober mit 112 Mill. kWh um 45 Mill. kWh höher als im gleichen Vorjahresmonat, während die Importe mit 54 Mill. kWh um 8 Mill. kWh geringer waren.

Die Zuwachsrate des heimischen Stromverbrauches (jeweils gegenüber dem Vorjahre gerechnet), die in den letzten Monaten auf etwa 5% gesunken war, stieg im Oktober sprunghaft auf 8%. Fast 40% des Zuwachses entfallen auf die Haushalte, die ihren Verbrauch gegenüber Oktober des Vorjahres um 14% steigerten. Die starke Verbrauchszunahme ist auf den frühen Kälteeinbruch zurückzuführen. In der Industrie hielt sich die Zuwachsrate mit knapp 7% eher in den Grenzen der bisherigen Entwicklung.

Anfang Oktober wurde im Wasserkraftwerk Ottenstein (Niederösterreich) der erste Generator mit 10.000 kW Leistung in Probetrieb genommen.

Die Heizölkrise hat sich im Oktober weiter verschärft. Aus der inländischen Erzeugung wurden insgesamt 70.800 t abgesetzt, um rund 5% weniger als im Vorjahre. Importiert wurde praktisch nichts. Der Bedarf hat aber gleichzeitig viel stärker zugenommen, so daß zu Winterbeginn viele Verbraucher überhaupt nicht oder nur beschränkt beliefert werden konnten.

Der Heizölmangel kann aber nur zum geringsten Teil auf die allgemeine Erdölknappheit in Europa zurückgeführt werden. Schon lange vorher — auch

im vergangenen Winter — war Heizöl in Österreich knapp, weil die Nachfrage rascher zunahm als das heimische Angebot und Importe zur Deckung des Defizites nur in einzelnen Fällen durchgeführt werden konnten, nämlich wo verhältnismäßig günstige Kaufabschlüsse möglich waren oder aber die Verbraucher die weit höheren Kosten des Importöles tragen konnten. Im Laufe des heurigen Jahres haben sich wieder zahlreiche Verbraucher auf Ölfuehrung umgestellt, weil der inländische Heizölpreis — heizwertmäßig verglichen mit dem aller anderen Energieträger — ungewöhnlich niedrig ist und Umstellungen geradezu herausfordert. Auch ohne die europäische Versorgungskrise wäre deshalb der Mangel an Heizöl in Österreich im heurigen Winter nicht zu vermeiden gewesen. Nur wenige Verbraucher hätten die mehr als doppelt so hohen Preise für Importöl bezahlen können.

Einem Abkommen mit der Sowjetunion zufolge wird Österreich bis kommenden März 100.000 t Rohöl weniger nach dem Osten liefern, als vorgesehen war. Statt Rohöl werden andere Waren angenommen. Damit wird der Mangel an Heizöl vor allem in den Wintermonaten zwar gemildert, aber nicht behoben. Auf die Dauer wird man sich dazu entschließen müssen, entweder den Heizölpreis dem Angebot entsprechend steigen zu lassen und dadurch die Nachfrage zu senken, oder aber das inländische Öl zu bewirtschaften.

Die Versorgung mit den übrigen Erdölprodukten funktioniert reibungslos. Die inländische Benzinherstellung wird in den Wintermonaten auch ohne Importe ausreichen. (Im Winterhalbjahr ist der Benzinabsatz durchschnittlich um 40% niedriger als im Sommer.) Erst ab Mai des nächsten Jahres, wenn der Verbrauch sprunghaft zunimmt, könnte es zu Schwierigkeiten kommen. Im Oktober wurden im Inlande nur noch 26.000 t Benzin abgesetzt, gegen 32.000 t und 40.000 t im September und August.

Auch der Dieselölverbrauch schwankt jahreszeitlich, allerdings weniger stark. Das heimische Dieselöl kann sogar in großen Mengen exportiert werden.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 51 bis 590

Die Herbstsaison ist im September besser als erwartet angelaufen. Der saisonbereinigte Produktionsindex des Institutes stieg um fast 3% und erreichte mit 242 (1937 = 100) den bisher höchsten Stand. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes hat die Produktion auch im Oktober und November in den

wichtigsten Zweigen weiter zugenommen. Die stärksten Impulse erhielt die eisenschaffende Industrie, wo durch Kapazitätserweiterungen die Produktion besser der hohen Nachfrage angepaßt werden konnte, die Maschinenindustrie und die Elektroindustrie, deren Exportgeschäfte die Schwächen des Inlandsmarktes überkompensieren konnten, sowie die Textil- und die Nahrungsmittelindustrie, denen die wachsende heimische Konsumgüternachfrage zugute kommt. In den meisten anderen Industriezweigen war die Herbstsaison bisher nicht stärker als üblich. Die Gießereiindustrie, deren Produktion seit Monaten zurückging, konnte zwar einen Teil des Rückschlages wieder aufholen, bleibt aber noch immer hinter dem Vorjahresstand zurück. In der Fahrzeugindustrie hält die sinkende Tendenz von Produktion und Nachfrage an.

Die internationalen Spannungen haben sich bisher kaum auf die österreichische Industrieproduktion ausgewirkt. Abgesehen von dem drohenden Energiemangel (vgl. dazu den Abschnitt Energiewirtschaft), ist die Wirtschaft ausreichend mit den wichtigsten Importrohstoffen und Halbmaterialien versorgt, so daß vorübergehende Bezugsschwierigkeiten, die durch die Sperre des Suezkanals und den Schiffsraummangel entstanden sind, überbrückt werden können. Auch die zum Teil sehr starken Preissteigerungen der letzten Wochen auf den Rohwarenmärkten könnten zumeist aufgefangen werden, wenn sich die internationale Lage in absehbarer Zeit wieder normalisiert. Die in- und ausländische Nachfrage nach industriellen Halb- und Fertigwaren blieb bisher bemerkenswert stabil. Sogar die sonst sehr reagible Nachfrage nach Eisen und Stahl zeigt bisher keine neuen Hausstendenzen. Die Exportpreise – die allerdings schon vor der Krise ungewöhnlich hoch waren – blieben in den letzten Wochen unverändert. Störungen beim Versand österreichischer Exportgüter, die üblicherweise durch den Suezkanal transportiert wurden, sind zwar unvermeidlich, werden aber kaum stärker die Produktion beeinträchtigen.

Die in den letzten Monaten merklich wirksameren Abschwächungstendenzen der Produktion (z. B. Nachlassen der heimischen Investitionsgüternachfrage, verstärkte Importkonkurrenz) halten nach wie vor an, doch werden in den nächsten Monaten die zumeist vom Export ausgehenden expansiven Impulse noch überwiegen. Die Zuwachsraten der Industrieproduktion, die bald nach Jahresbeginn stark zurückgegangen war (von 15% im Vorjahre auf knapp 7% im I. Quartal 1956), hat sich inzwischen bei annähernd 5% stabilisiert. Wenn sich die nach den ersten Ergebnissen der Herbstsaison durchaus berechtigten

Hoffnungen erfüllen, wird die Industrieproduktion auch im IV. Quartal wieder um 4 bis 5% über dem Vorjahresstand liegen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Exporte auch weiterhin die Inlandskonjunktur beleben, weil die heimische Nachfrage (abgesehen von saisonbedingten Veränderungen) vorläufig noch keine Anzeichen einer neuerlichen Zunahme erkennen läßt.

In den ersten drei Quartalen 1956 betrug die Exportquote der Industrieproduktion 29,4%, gegen 26,9% in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das bedeutet, daß vier Fünftel des 5%igen Produktionszuwachses seit dem Vorjahre im Auslande abgesetzt worden sind. In einigen Industriezweigen zeigt sich die Bedeutung der Exportkonjunktur für die Entwicklung der Produktion noch viel deutlicher. Die Maschinenindustrie produzierte in den ersten drei Quartalen 1956 um 8% mehr als im Vorjahre und steigerte ihre Exporte (weitmässig) um 36%. Ohne Exportkonjunktur hätte die Erzeugung um etwa 5% eingeschränkt werden müssen. Ähnlich verhält es sich in der Elektroindustrie, die ihre Exporte in der gleichen Zeit um 38% steigerte und damit den Rückschlag der Inlandsnachfrage gerade noch auffangen konnte. Ihre Produktion nahm seit dem Vorjahr nur um knapp 1% zu. Die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie exportierte um 27% mehr als im Vorjahr, die Aluminiumindustrie um 25%. In beiden Fällen hat die Exportsteigerung Produktionseinschränkungen verhindert.

Aber auch in den Zweigen, wo die heimische Nachfrage noch kaum nachgelassen hat, waren die Exporte die wichtigste Quelle der Expansion. So konnte die Textilindustrie um 23% mehr exportieren (die Produktion nahm nur um 4% zu) und damit einen großen Teil des auf dem Inlandsmarkt an die ausländische Konkurrenz verlorenen Geschäftes kompensieren. (Während die Textileinfuhr von Jänner bis September um 296 Mill. S. zunahm, stiegen die Exporte um 230 Mill. S.) Schließlich wurde auch der Produktionszuwachs der Papierindustrie (3%) ausschließlich im Auslande abgesetzt. Die eisenschaffende Industrie hat der Mangel an Walzmaterial im Inland daran gehindert, die Exportchancen voll zu nutzen. Wertmässig exportierte sie um 25% mehr als im Vorjahre. Dieser Exportzuwachs von mehr als 500 Mill. S. wurde zwar durch die steigenden Weltmarktpreise verstärkt; aber auch die reale Exportsteigerung (mengenmässig) betrug bei Kommerzware immerhin 16% und bei Edelstahl (der im Inlande nicht so knapp ist) 29%.

Strukturverschiebungen in der heimischen Nachfrage, stark unterschiedliche Auswirkungen der Libe-

ralisierung und damit der Importkonkurrenz auf die einzelnen inländischen Industriezweige und sehr ungleiche Exporterfolge bewirken, daß sich die Produktion noch immer sehr uneinheitlich entwickelt. Im Durchschnitt des ersten Dreivierteljahres 1956 haben zwar 13 von den 15 im Produktionsindex enthaltenen Industriezweigen mehr produziert als im Vorjahre — nur die Fahrzeugindustrie (-5%) und die chemische Industrie (-2%) produzierten weniger —, die Zuwachsraten waren aber sehr ungleich. Aber auch innerhalb der einzelnen Zweige (zwischen einzelnen Sparten und Betrieben) entwickelt sich die Produktion uneinheitlicher als früher, wobei im allgemeinen die stärker exportorientierten Zweige oder Betriebe weit im Vorteil sind

Die *Bergbauproduktion* ist im September und Oktober saisonüblich gestiegen und lag im Durchschnitt der beiden Monate um 4% über dem Vorjahresstand. In der *Magnesitindustrie* sichert die hohe Inlands- und Exportnachfrage weiterhin die Vollbeschäftigung der erweiterten Erzeugungsanlagen. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1956 war die Produktion um 10% höher als im Vorjahre, im September um 11% .

Die *Erdölförderung* geht weiter zurück. Im Oktober war sie mit $289.000\ t$ um 8% und von Jänner bis Oktober um 7% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die inländischen Raffinerien leiden unter Rohölmangel und können ihre Kapazität nicht voll ausnutzen. Diese Entwicklung ist um so bedauerlicher, als sich derzeit ungewöhnlich günstige Exportmöglichkeiten eröffnen und mit einer höheren inländischen Produktion die strukturellen Schwächen des heimischen Angebotes an Erdölprodukten (Mangel an Heizöl, hochwertigem Benzin und hochwertigen Schmierölen) leichter hätten ausgeglichen werden können.

Die *eisenschaffende Industrie* kann seit dem 2. Halbjahr (seit die Roheisen- und Rohstahlkapazität beträchtlich vergrößert wurde) die Erzeugung beträchtlich ausweiten. Während ihr Produktionsindex im 1. Halbjahr nur um knapp 7% höher war als im Vorjahre, betrug der Vorsprung im III. Quartal schon 17% . Die Produktion erreichte in allen Sparten neue Rekordhöhen. Mit $463.000\ t$ Roheisen, $565.000\ t$ Rohstahl und $366.000\ t$ Walzware wurde die Vorjahresproduktion um 24% , 23% und 14% überboten. Der größte Teil der Mehrproduktion entfällt auf Bleche, deren Erzeugung seit dem Vorjahre um 16% zugenommen hat. Stabstahl wurde um 18% , Bandstahl um 4% mehr erzeugt, während die Erzeugung von Formstahl und Walzdraht etwas geringer war.

Die Gesamtnachfrage nach Walzmaterial aus dem Inlande entspannt sich weiter. Auch im September wurde, so wie schon in den zwei Monaten vorher, weniger Walzware bestellt, als die Erzeugerwerke gleichzeitig an ihre Kunden auslieferten. Dadurch ist der Auftragsbestand der Kommerzeisenwerke im Verlaufe des II. Quartales von $488.000\ t$ auf $438.000\ t$ gesunken. Die Minderbestellungen des III. Quartales haben die Überbestellungen des I. Halbjahres fast ganz kompensiert. Von Jänner bis September wurden insgesamt $388.500\ t$ Walzware aus dem Inlande bestellt und $385.000\ t$ ausgeliefert. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren $669.000\ t$ bestellt und nur $359.000\ t$ ausgeliefert worden. Stab-, Façon- und Betoneisen ist nach wie vor knapp. Die Walzmaterialimporte waren in den ersten drei Quartalen mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre. Insgesamt hat die österreichische Wirtschaft in dieser Zeit $641.000\ t$ Walzware (Kommerz- und Edelstahl) aus dem In- und Auslande bezogen, um fast 12% mehr als im Vorjahre.

Die *Gießereindustrie* meldete im September einen beträchtlichen Produktionsanstieg (arbeitstägig gerechnet um fast 18%), der über das saisonübliche Ausmaß hinausging. Da die Erzeugung in den Monaten vorher (seit Mai) ziemlich rasch zurückgegangen war, obwohl die Firmen alte Aufträge zur Stützung der Produktion heranzogen, ist die neuerliche Produktionsausweitung offenbar neuen Aufträgen größeren Umfanges zu danken. Andererseits aber dürfte die veränderte Konjunkturlage noch sehr skeptisch beurteilt werden, da sich — ähnlich wie in der Krise der Gießereindustrie im Jahre 1953 — die Klagen der Unternehmungen über Preisunterbietungen und scharfe Konkurrenz häufen.

Obwohl die VÖEST in Linz Ende 1956 die Erzeugung von Gießereikoks endgültig einstellen wollen, haben die Firmen die Bezugsmöglichkeiten bisher nur zögernd genutzt. Die seinerzeit mit der Linzer Kokerei vereinbarten (von der Gießereindustrie verlangten) Koksmengen wurden kaum zur Hälfte abgerufen, da offenbar ein großer Teil der Betriebe nicht genügend liquid war, um sich größere Vorräte anzulegen. Da Koks derzeit international ungewöhnlich knapp ist — die Montanunion fürchtet, die Eisenerzeugung einschränken zu müssen —, werden sich im nächsten Jahr beträchtliche Versorgungsschwierigkeiten und Verteuerungen ergeben.

In der *Fahrzeugindustrie* hält der ungewöhnlich starke Produktionsrückgang weiter an. Gegenüber dem Höhepunkt im I. Quartal 1956 sank die Produktion im II. Quartal um 6% und im III. Quartal

weiter um 13%. Im September war sie mit 336 (1937=100) um 32% niedriger als im Vorjahre und sogar um 12% niedriger als zur gleichen Zeit des Jahres 1954. Die Depression hat inzwischen praktisch alle Sparten der Fahrzeugindustrie erfaßt. Gegenüber dem I. Quartal 1956 war die Produktion im III. Quartal bei Lastkraftwagen um 37%, Traktoren um 15%, Motorrädern (und Rollern) um 43% und Fahrrädern um 33% niedriger. Auch die Erzeugung von Motorfahrrädern, die erst im Vorjahre stark forciert worden war, heuer gegen Jahresmitte ihren Höhepunkt erreicht hatte und zum Teil die in der Motorradfertigung freiwerdenden Arbeitskräfte absorbieren hätte sollen, ging im III. Quartal ständig zurück, und zwar von über 13 000 Stück (Juni) auf 12 000, 10 000 und 8 600 (Juli bis September).

Abgesehen von einigen nicht sehr ins Gewicht fallenden Entlassungen im Sommer hat die Fahrzeugindustrie bisher versucht, ihren Beschäftigtenstand möglichst voll aufrechtzuerhalten. Offenbar sind aber die wichtigsten Betriebe jetzt nicht mehr in der Lage, die Folgen der stark verringerten Produktivität weiter zu tragen.

Wenn auch die Zukunftschancen der inländischen Fahrzeugindustrie – soweit es sich um Kraftfahrzeuge handelt – eher ungünstig zu beurteilen sind und man kaum mit einer raschen Besserung der jetzigen Krisensituation rechnen kann, scheuen die Betriebe davor zurück, Facharbeiter zu entlassen, weil sie sofort in andere Industriezweige oder sogar in das Ausland abwandern würden.

Obwohl die inländische Investitionsgüternachfrage nachläßt, hält sich die Produktion in der Maschinenindustrie beträchtlich über dem Vorjahresstand. Im September hat die Herbstsaison wieder erwarten stark eingesetzt. Die arbeitstägige Produktion stieg um fast 23% und war um 19% höher als im September 1955. Im ersten Dreivierteljahr produzierte sie um 8% mehr als im Vorjahr und exportierte gleichzeitig (wertmäßig) um 36% mehr. Ohne Exportausweitung hätte die Maschinenindustrie ihre Erzeugung um etwa 5% einschränken müssen. Die starke Zunahme der Exportquote ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie nur der Exportausweitung einer verhältnismäßig geringen Zahl besonders exportorientierter Unternehmungen zu danken ist. Deshalb waren auch einige Sparten, die nicht exportieren können, an der neuerlichen Expansion der Produktion nicht beteiligt. Vielfach mußten sie – wie die Landmaschinenindustrie, die Erzeuger von Holzbearbeitungsmaschinen, Nähmaschinen u. a. m. – die Produktion sogar beträchtlich einschränken.

Wiewohl die Maschinenimporte seit Jahresmitte zurückgehen, waren sie doch in den ersten drei Quartalen um 16% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wertmäßig stiegen die Importe um 245 Mill. S, die Exporte um 291 Mill. S.

Auch in der Elektroindustrie hatte die Herbstsaison im September einen überraschend guten Start, nachdem die Produktion in den Sommermonaten schon beträchtlich unter den Vorjahresstand gesunken war. Die arbeitstägige Produktion stieg wieder um 8% über den Stand vom September 1955. In der Elektroindustrie war die Exportausweitung – die Exporte nahmen im ersten Dreivierteljahr gegenüber dem Vorjahre um 38% zu – ebenfalls die wichtigste Konjunktusstütze, ohne die eine beträchtliche Produktionseinschränkung unvermeidlich gewesen wäre. Zudem nahmen hier die Importe ebenfalls sehr stark zu, und zwar um 31% (156 Mill. S), während die Ausfuhrsteigerung wertmäßig nur 133 Mill. S ausmachte.

Die Baustoffindustrie mußte ab September die Produktion saisonbedingt drosseln. Der Rückgang war allerdings, dank günstiger Witterung, schwächer als im Vorjahre. In den ersten drei Quartalen 1956 wurden insgesamt um 5% mehr Baustoffe erzeugt als in der gleichen Zeit 1955.

Die Ziegelindustrie, die bis September um 20% mehr produzierte als im Vorjahre, mußte die Rohwarenerzeugung in den Freiluftbetrieben schon im Oktober einstellen, weil ungewöhnlich starke Nachfröste auftraten. Da schon vorher die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte und Aufträge storniert wurden, stellten vor allem kleinere Werke auch den Brennbetrieb bald ein. In den größeren Betrieben wird voraussichtlich noch bis vor Weihnachten gebrannt werden, doch geht schon jetzt ein erheblicher Teil der Produktion auf Lager. Da zumeist auch ausreichende Rohwarenvorräte für den Brennbetrieb im Frühjahr vorhanden sind, wird die Bauwirtschaft, entgegen den noch im Frühherbst gehegten Befürchtungen, beim Beginn der nächsten Bausaison rasch und ausreichend mit keramischen Baustoffen beliefert werden können. Man erwartet sogar, daß nächstes Jahr, wenn der Stoßbedarf des Frühjahres gedeckt ist, ein Überangebot an Baustoffen bestehen wird, weil die Betriebe rationalisierten und ihre Kapazitäten erweiterten. Außerdem wird sich die Einschränkung der öffentlichen Bautätigkeit wahrscheinlich erstmals im Jahre 1957 stärker auswirken (Heuer standen zwar ebenfalls bereits weniger öffentliche Mittel für die Bautätigkeit zur Verfügung, doch wurde diese Restriktion durch einen beträchtlichen Überhang

von Mitteln aus den Jahren 1954 und 1955 noch erheblich gemildert.)

In der *chemischen* Industrie belebte sich die Produktion im September zwar saisonüblich, blieb aber wie seit dem Frühjahr unter der von 1955. Von Jänner bis September produzierte die chemische Industrie, trotz 18%iger Ausweitung des Exportes (wertmäßig), um fast 2% weniger als im Vorjahre. Während der Exportzuwachs 118 Mill. S erreichte, wurden gleichzeitig um 153 Mill. S mehr Chemiewaren importiert.

Die *Papierindustrie* konnte im Oktober den durch einen Arbeitskonflikt entstandenen Rückschlag vom September wieder aufholen. Die arbeitstägige Produktion stieg wieder um 3% und lag damit nur noch um 2% unter der des Vorjahres. Der zwischen Jänner und Oktober 1956 gegenüber dem Vorjahre erreichte Produktionszuwachs von 4% wurde vom Export aufgenommen, der (wertmäßig) um 9% zunahm. Die Importe von Papier und Papierzeug (Holzschliff, Zellulose) nahmen um 7% zu, waren aber gegenüber den Exporten unbedeutend (Importzuwachs 11 Mill. S, Exportzuwachs 135 Mill. S).

In der *Leder- und Schuhindustrie* lief die Herbstsaison bisher verhältnismäßig schwach an und erreichte nur knapp den Vorjahresstand. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres war die Produktion noch um mehr als 8% höher als im Vorjahre. Da dieser Zweig weder durch Importe ernstlich konkurrenziiert wird, noch stärker exportiert, spiegelt die Produktionsentwicklung unmittelbar die heimische Nachfrage wider.

Die *Textilindustrie* meldet im September eine übersaisonmäßig starke Produktionssteigerung. Ihr Produktionsindex lag in diesem Monat um 2% und im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 4% über dem Stand des Vorjahres. Die Mehrproduktion konnte praktisch nur im Export abgesetzt werden, während die wachsende heimische Nachfrage in erster Linie durch die Importkonkurrenz befriedigt wurde, die ihren Marktanteil an der Versorgung des Inlandes ständig vergrößert. Die Textilimporte stiegen seit dem Vorjahre um 31% (296 Mill. S), die Exporte um 23% (230 Mill. S).

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6 1 bis 6 6

Der schwache Geschäftsgang des Einzelhandels im September wurde durch eine übersaisonmäßige Belebung im *Oktober* wieder wettgemacht. Insgesamt verkaufte der Einzelhandel um 16% mehr als im September (in den Jahren 1954 und 1955

waren es durchschnittlich 13%) und um 8% mehr als im Oktober 1955. Faßt man die Umsätze von September und Oktober zusammen, dann betrug die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre 6%, d. h. annähernd gleich viel wie in der Frühjahrs- und Sommersaison.

Zuwachsraten der Einzelhandelsumsätze¹⁾

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
1955 1. Halbjahr	+10,3
2. Halbjahr	+11,2
1956 Jänner/Februar	+10,8
März bis Mai	+ 6,2
Juni bis August	+ 6,6
September/Oktober	+ 6,1
März bis Oktober	+ 6,4

¹⁾ Nach dem neuen Umsatzindex des Institutes; wertmäßig

Während der Absatz von Investitionsgütern seit Anfang des Jahres ständig nachläßt, hat sich die Nachfrage nach Konsumgütern nach der Abschwächung im März auf einem Niveau stabilisiert, das wertmäßig um etwa 6% und mengenmäßig um etwa 4 bis 5% höher ist als im Vorjahre. Die angespannte weltpolitische Lage, die insbesondere im November zu Angstkäufen führte, die Vollvalorisierung der Gehälter der Bundesbediensteten ab 1. Jänner 1957 und die verschiedenen noch anhängigen Lohn- und Gehaltsforderungen lassen erwarten, daß der private Konsum auch weiterhin steigen wird.

Obwohl der Einzelhandel schon im September seine *Lager* saisongemäß auffüllte und der Absatz verhältnismäßig schwach war, wurde auch im Oktober im allgemeinen sehr lebhaft disponiert. Nach dem Konjunkturtest des Institutes meldeten von September auf Oktober mehr Firmen steigende und weniger Firmen sinkende Wareneingänge und Bestellungen als im Vorjahre. Nur im Einzelhandel mit Meterware und Oberbekleidung hat ein größerer Teil der Firmen als im Vorjahre die Warenbestellungen eingeschränkt. Dafür waren aber die Wareneingänge lebhafter als im Vorjahre. Die Bestrebungen des Einzelhandels, die Lager zu vergrößern, scheinen jedoch weniger mit den Erwartungen für das Weihnachtsgeschäft als mit der Preisentwicklung zusammenzuhängen. Da die Preise verschiedener Konsumgüter in letzter Zeit gestiegen sind und der Einzelhandel nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes in den meisten Branchen mit der Verteuerung weiterer Waren rechnet, wurde vielfach mehr Ware auf Lager genommen als gewöhnlich.

Wie bisher belebte sich auch im Oktober der Geschäftsgang der *Warenhäuser* stärker als der des

Fachhandels In den Bekleidungsabteilungen der Warenhäuser z. B. wurde im Oktober um 85% mehr verkauft als im Vormonat und um 11% mehr als im Vorjahr, in den Fachgeschäften aber nur um 42% und 4% mehr. Die Umsätze von Wohnungseinrichtung und Hausrat waren in den Warenhäusern um 27% und die von „Sonstigen Waren“ um 28% höher als im Vorjahr, während sie in den Fachgeschäften nur um 17% und 4% darüber lagen. Dagegen schnitten die *Filialgeschäfte* sowohl des Lebensmittel- als auch des Schuhhandels diesmal schlechter ab als die *Einzelgeschäfte*. In den Filialbetrieben wurden um 6% mehr Lebensmittel und nur gleichviel Schuhe verkauft wie im Vorjahr, in den Einzelgeschäften aber um 8% und 5% mehr. Der schwächere Geschäftsgang der Lebensmittelbetriebe hängt z. T. damit zusammen, daß Mehl, Semmeln, Bröseln, deren Absatz im Zusammenhang mit dem Streik der Bäckereiarbeiter und der Verteuerung von Brot und Gebäck im Oktober stark stieg, im Sortiment der Großbetriebe eine geringere Rolle spielen als in dem der kleinen und mittleren Einzelgeschäfte.

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche ¹⁾	Oktober gegen September		1956 gegen 1955	
	1956	Ø 1954/55	Oktober	Ø Sept./Okt.
Nahrungs- und Genußmittel	+10,4	+11,2	+7,4	+6,8
Tabakwaren	+4,8	-1,3	+9,3	+6,2
Bekleidung	+47,3	+43,1	+4,9	+3,3
Textilien	+45,2	+41,5	+3,4	+1,7
Meterware	+37,6	+32,4	+2,3	+0,0
Oberbekleidung	+61,1	+56,7	-4,2	-5,3
Wäsche, Wirk- und Strickwaren	+34,2	+41,0	+7,7	+8,1
Gemischtes Sortiment	+47,4	+37,5	+9,6	+5,8
Schuhe	+34,9	+35,3	+3,9	+3,2
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+23,3	+13,2	+17,3	+11,9
Möbel	+14,3	+11,4	+13,8	+13,5
Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe	+26,5	+10,8	+13,6	+8,9
Hausrat, Glas, Porzellan	+11,4	+4,5	+10,9	+3,0
Elektrowaren	+41,4	+22,0	+26,8	+15,6
Sonstiges	-8,4	-15,0	+5,4	+1,6
Fahrzeuge	+3,3	-29,7	+12,7	-6,4
Photoartikel	-16,5	-19,2	+13,2	+6,4
Lederwaren	-11,8	-11,8	+1,5	+1,6
Parfümerie- und Drogeriewaren	+3,1	+4,2	-3,6	-2,9
Papierwaren	-20,7	-25,2	+9,8	+9,3
Bücher	-29,5	-24,0	-13,5	-9,3
Uhren- und Schmuckwaren	-6,6	-12,0	+6,6	+0,9
Einzelhandel insgesamt	+16,3	+13,3	+8,0	+6,1
Dauerhafte Konsumgüter	+15,3	+2,9	+14,3	+7,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+16,4	+15,1	+6,8	+5,7

¹⁾ Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel

Von September auf Oktober haben die Umsätze von *Bekleidung* saisonbedingt am stärksten zugenommen. Obwohl das Wetter auch im Oktober anhaltend schön war, wurde um 47% mehr Bekleidung verkauft als im Vormonat (saisongemäß war nur eine Zunahme von etwa 43% zu erwarten) und um 5% mehr als im Vorjahr. Der Umsatzaus-

fall von September konnte dadurch jedoch nur teilweise wettgemacht werden: im Durchschnitt der Monate September und Oktober waren die Umsätze nur um 3% höher als im Vorjahr, gegen 5% in der Frühjahrs- und 8% in der Sommersaison. Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung war im Herbst die Nachfrage nach Oberbekleidung relativ schwächer als die nach Meterware. Die Fachgeschäfte verkauften in den Monaten September und Oktober um 5% weniger Oberbekleidung, aber gleichviel Meterware wie im Vorjahr. Es scheint, daß die Konsumenten infolge des günstigen Wetters die geplanten Käufe von fertiger Oberbekleidung vielfach hinausschoben, während die lange Anfertigungsdauer sie bewog, Meterware doch rechtzeitig einzukaufen.

Übersaisonmäßig gut schnitt im Oktober auch der Handel mit *Wohnungseinrichtung und Hausrat* ab. Die Umsätze waren um 23% höher als im September (in den Vorjahren nur um 13%) und um 17% höher als im Oktober 1955. Da der Geschäftsgang auch im September überdurchschnittlich gut war, scheint sich die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen, die seit Frühjahr merklich nachgelassen hat, wieder zu beleben. Der Zuwachs der Umsätze gegenüber dem Vorjahr, der von 14% im Frühjahr (März bis Mai) auf 9% im Sommer (Juni bis August) gesunken ist, erhöhte sich im Durchschnitt der Monate September und Oktober wieder auf 12%. Der lebhafte Absatz erstreckte sich vor allem auf Elektrowaren (+16%) und Möbel (+14%), während Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe um 9% und Hausrat, Glas und Porzellan nur um 3% mehr verkauft wurden als im Vorjahr. Aber auch in den ersten 10 Monaten 1956 stiegen die Umsätze von Elektrowaren gegenüber dem Vorjahr stärker (+18%) als die aller anderen Warengruppen. Die technische Ausgestaltung der Haushalte steht daher auch im Jahre 1956 neben der Motorisierung im Vordergrund der Konsumenteninteressen.

Die Umsätze von *Nahrungsmitteln* nahmen gegenüber dem Vormonat saisongemäß um 10% zu und waren um 7% (mengenmäßig aber nur um etwa 5%) höher als im Vorjahr. Der Verkauf von *Tabakwaren*, der im September hinter den Saison-erwartungen zurückgeblieben war, stieg im Oktober um 5% (in den Vorjahren ist er um durchschnittlich 1% gesunken) und war um 9% höher als im Vorjahr. Im Durchschnitt der Monate September und Oktober wurden die Umsätze des Vorjahres um 6% übertroffen, gegen 14% in den Frühjahrs- und 13% in den Sommermonaten. Da jedoch die hohen Zuwachsraten dieses Jahres z. T. durch den Ausfall der USIA-Zigaretten bedingt waren, hat die „echte“

Verbrauchszunahme in letzter Zeit kaum nachgelassen. Im September und Oktober wurden um durchschnittlich 37 Mill. Stück Zigaretten (+6%) und um 83 000 Stück Zigarren (+1%) mehr verkauft als im Vorjahr. Gleichzeitig verlagerte sich die Nachfrage leicht zu Gunsten teurerer Zigarettenarten: der durchschnittliche Zigarettenpreis erhöhte sich von 26,8 g auf 27,2 g je Stück (+1%). Dadurch sind auch die wertmäßigen Zigarettenumsätze gegenüber dem Vorjahr um 7% gestiegen.

In der Gruppe „Sonstiges“ gingen die Umsätze von September auf Oktober um 8% zurück (saisongemäß um 15%) und waren um 5% höher als im Vorjahr. Der Geschäftsgang der einzelnen Branchen war jedoch sehr unterschiedlich. Wohl übertraf die Entwicklung gegenüber dem Vormonat durchwegs die Saisonerwartungen, die Umsätze des Vorjahres wurden sowohl im Oktober als auch im Durchschnitt der Monate September und Oktober teilweise (Bücher, Parfümerie- und Drogeriewaren) nicht erreicht.

Die regionale Umsatzentwicklung war uneinheitlich. In der Mehrzahl der Branchen schnitten die Wiener Firmen im Vergleich zum Vorjahr besser ab als die in den Bundesländern, obwohl ihr Geschäftsgang meist auch im Vormonat günstiger war. Im Durchschnitt der Monate September und Oktober haben nur die Umsätze von Photoartikeln, Papierwaren, Uhren und Schmuckwaren in den Bundesländern gegenüber dem Vorjahr stärker zugenommen als in Wien. Die Nachfrage nach Uhren und Schmuckwaren entwickelte sich schon seit Anfang des Jahres in den Bundesländern günstiger als in Wien.

Der relativ schwache Geschäftsgang des Einzelhandels im September spiegelt sich auch in den Umsatzsteuereingängen des Monats Oktober teilweise wider. Der Bruttoertrag nahm von September auf Oktober um 2% zu (im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 um 4%) und war nur um 10% höher als im Vorjahr, gegen 13% im Durchschnitt der ersten drei Quartale. Da die Rückvergütung für Ausfuhrlieferungen entgegen den Saisonerwartungen von September auf Oktober um 64% stieg, ist der Nettoertrag sogar um 5% gesunken, während er im Durchschnitt der letzten 3 Jahre um etwa 5% zugenommen hatte. Die Nettoeinnahmen des Vorjahres wurden erstmals in diesem Jahr nicht erreicht (-1%).

An Verbrauchssteuern gingen im Oktober 258 Mill. S ein, um 5% weniger als im Vormonat, aber um 2% mehr als vor einem Jahr. Der Rückgang gegenüber September entfällt auf die Tabak-

(-13%) und Biersteuer (-19%), während die Eingänge an Mineralölsteuer um 8% und die an Weinsteuer um 18% stiegen (im Durchschnitt der letzten 3 Jahre erhöhten sich die Einnahmen an Weinsteuer von September auf Oktober allerdings um 56%). Auch im Vergleich zum Vorjahr schnitt die Weinsteuer schlecht ab (-32%). Während die Weinproduzenten gewöhnlich im September ihre Vorräte großteils abstoßen, um Fässer für die neue Ernte freizumachen, haben sie heuer der geringe Wein-ertrag und die steigende Preistendenz vielfach davon abgehalten. Die Tabaksteuer brachte um 10% und die Biersteuer um 5% weniger ein als im Vorjahr. Diese Ausfälle wurden aber durch den um 20 Mill. S (+19%) höheren Ertrag an Mineralölsteuer überkompensiert.

Die schon seit einigen Jahren feststellbare Verlagerung des Fettkonsums auf Pflanzenfette hält an. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres wurden um 28% mehr Pflanzenfette, aber um 14% weniger Importschmalz verbraucht als im Vorjahr. Dieser Ausfall dürfte auch nicht durch inländisches Schmalz oder Speck wettgemacht worden sein¹⁾. Allerdings beginnt sich diese Umschichtung bereits zu verlangsamen. Im I. Quartal war der Verbrauch von Pflanzenfetten noch um 38%, im III. Quartal aber nur noch um 19% und im Oktober um 16% höher als im Vorjahr; gleichzeitig verminderte sich der Rückgang des Absatzes von Importschmalz von 14% auf 6%.

Absatz von Fett¹⁾

Fettart	Jänner bis 1955	Oktober 1956	1956 in % von 1955
Milchmargarine ²⁾	10 386	12 808	123,3
Tafelmargarine ²⁾	2 230	2 014	90,3
Margarineschmalz	1 184	1 294	109,3
Speiseöl	15 295	21 761	142,3
Kunstspeisefett	693	548	79,1
Kokospesefett	1 405	1 908	135,8
Anderer	777	727	93,6
Pflanzenfette insgesamt	31 970	41 060	128,4
Importschmalz	14 383	12 398	86,2
Butter ²⁾	18 244	18 422	101,0

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung — ²⁾ Reinfett — ³⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds

¹⁾ Über den laufenden Absatz von inländischem Speck oder Schmalz gibt es keine statistischen Unterlagen. Die Bewegung der Verbraucherpreise auf den Wiener Märkten lassen aber im Zusammenhang mit der Entwicklung des Angebotes zumindest die Tendenz der Nachfrage erkennen. In den ersten zehn Monaten 1956 war das Angebot von Schweinefleisch (einschließlich Speck) in Wien um 30% höher als im Vorjahr. Der Speckanfall ist vermutlich noch weniger gestiegen, da das Gewicht der Schweine im Durchschnitt geringer war als vor einem Jahr. In der gleichen Zeit waren die Preise gleich hoch (Schmalz) oder nur geringfügig höher (Speck) als im Vorjahr.

Hauptsächlich nahm der Verbrauch von Speiseöl zu. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres wurden um rund 6.500 t oder 42% mehr abgesetzt als im Vorjahr. Es wurde nicht nur der bisherige Verbrauch von Importschmalz teilweise (rund 2 000 t) durch Speiseöl ersetzt, sondern auch der einkommensbedingte Nachfragezuwachs durch Öl gedeckt. Die Konsumenten ziehen zunehmend Speiseöl dem Schmalz vor, teils weil es leichter verdaulich, teils weil es trotz der Preissteigerung seit Frühjahr noch immer billiger ist; Milchmargarine wurde um rund 2.400 t oder 23% mehr verbraucht als im Vorjahr. Während jedoch bisher neben dem Absatz von Milchmargarine auch der Verbrauch von Butter noch stieg, wird seit der allgemeinen Abschwächung der Konsumentennachfrage im Frühjahr Butter teilweise durch Margarine ersetzt. Der Verbrauch von Butter, der noch im I. Quartal um 7% höher war als vor einem Jahr, liegt seither um durchschnittlich 2% darunter.

Seit die Nachfrage nach Pflanzenfetten steigt, werden auch die Vorräte stark erhöht. Während Ende 1954 nur 2 461 t Fette und Fettrohstoffe (in Fettwerten) lagerten, nahmen die Vorräte bis Ende Juni 1956 auf 6 543 t zu. Gleichzeitig sind aber auch die Lagerbestände von Schmalz durch die Überschußlieferungen der USA sprunghaft von 2 087 t Ende 1955 auf 7 062 t Ende Juni 1956 gestiegen. Diese hohe Lagerhaltung war gelegentlich der Angstkäufe im November sehr vorteilhaft. Anfang November waren 6 354 t Schmalz und 5 485 t Pflanzenfette auf Lager. Mit diesen Mengen konnte der „normale“ Bedarf an Importschmalz mindestens 4 Monate und der an Pflanzenfetten fast 1½ Monate gedeckt werden. Die sprunghaft gestiegene Nachfrage konnte daher im allgemeinen befriedigt werden. Über den Umfang der Angstkäufe liegen bisher noch keine Unterlagen vor.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 1 bis 7 15

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl war im November stärker, als saisonmäßig zu erwarten war. Nach der ungünstigen Entwicklung im Oktober sank die Beschäftigung im November bedeutend stärker als in den Konjunkturjahren 1954 und 1955. Die Arbeitslosigkeit stieg — ähnlich wie schon im Oktober — sogar ebenso stark wie im Jahre 1953. Da jedoch damals Arbeitskräfte noch reichlich zur Verfügung standen, während sie heuer vielfach noch immer knapp sind, wäre bei gleicher Konjunkturlage mit einer viel schwächeren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen gewesen. Allerdings hat auch die

Witterung, die für Außenarbeiten nicht mehr so günstig war wie in den drei Jahren vorher, die Arbeitslosigkeit im November erhöht; aber auch ohne Bauarbeiter nahm die Zahl der Stellensuchenden um 83% stärker zu als im Vorjahr.

Das *Arbeitskräfteangebot* (Beschäftigte und Stellensuchende), das im September und Oktober schwächer zugenommen hatte als im Vorjahr, stieg im November relativ stark. Es erhöhte sich um 9 200 (0 4%) auf 2,296 600 und war um 61 500 höher als Ende November 1955¹⁾. Im Vorjahr hatte die Zunahme nur 6.800 betragen. Die stärkere Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes im November mag teilweise auf die Eingliederung ungarischer Flüchtlinge in den österreichischen Arbeitsmarkt zurückgehen.

Der Arbeitsmarkt im Oktober und November

Jahr, Monat	Beschäftigte		Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot	
	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende in 1 000	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
1951 Oktober	+ 2 8	2 051 1	+ 3 9	72 1	+ 6 7	2 123 2
November	-19 4	2 031 7	+21 0	93 1	+ 1 6	2 124 8
1952 Oktober	- 6 2	1 978 6	+11 2	127 5	+ 5 0	2 106 1
November	-47 9	1 930 7	+48 7	176 2	+ 0 8	2 106 8
1953 Oktober	+ 2 8	1 992 5	+ 8 0	137 2	+10 8	2 129 8
November	-32 3	1 960 3	+33 4	170 6	+ 1 1	2 130 9
1954 Oktober	+10 6	2 076 0	+ 3 4	95 1	+13 9	2 171 1
November	-15 2	2 060 8	+21 9	117 1	+ 6 8	2 177 9
1955 Oktober	+ 2 4	2 150 5	+ 7 6	77 8	+ 9 9	2 228 3
November	- 9 0	2 141 6	+15 7	93 5	+ 6 8	2 235 1
1956 Oktober	- 2 1	2 212 1	+ 8 1	75 3	+ 6 0	2 287 4
November ¹⁾	-23 7	2 188 5	+32 9	108 2	+ 9 2	2 296 6

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Die Zahl der *Beschäftigten* sank heuer schon im Oktober um 2 100 (0 1%) auf 2,212 100 und im November um 23 700 (1 1%) auf 2,188 500. Die Beschäftigung der Männer nahm im Oktober um 1 400 ab, doch vermuten Fachleute im Bundesministerium für soziale Verwaltung, daß diese Abnahme nur auf statistische Ungenauigkeiten im Zusammenhang mit der Abmeldung von Präsenzdienstpflichtigen durch ihre früheren Dienstgeber zurückzuführen ist²⁾, so daß tatsächlich die Männerbeschäftigung im Oktober stationär geblieben oder nur wenig gesunken ist; sie

¹⁾ Alle Zahlen für November 1956 sind vorläufig

²⁾ Personen die ihre Militärdienstpflicht ableisten, werden in der Statistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger weiterhin als Beschäftigte ausgewiesen, sofern sie schon vorher krankenversichert waren. Dienstgeber die einen Arbeitnehmer bei der Krankenkasse abmelden, weil er einberufen wurde, sind verpflichtet, diesen Umstand auf dem Abmeldeformular zu vermerken. Offenbar hat bisher nur ein Teil der Arbeitgeber diese Vorschrift befolgt, da im Oktober nur 4 714 Abmeldungen dieser Art gezählt wurden während schätzungsweise 6 000 Arbeitnehmer zum Bundesheer einrückten.

ist aber jedenfalls nicht mehr, wie saisonüblich, gestiegen. Auch die Zahl der weiblichen Beschäftigten, die von diesen statistischen Umstellungen nicht berührt wurde, ist entgegen den Saisonerwartungen im Oktober bereits geringfügig (um 800) gefallen, während sie im Vorjahr noch um 1.100, im Jahre 1954 sogar noch um 5 200 zugenommen hatte. Im November waren die saisonüblichen Entlassungen insgesamt mehr als doppelt so stark wie im November 1955 und um 56% stärker als im November 1954.

Die *Land- und Forstwirtschaft* beschäftigte Ende Oktober 190 300 Arbeiter und Angestellte, um 7 500 weniger als im Oktober 1955. Der Personalstand war im Laufe des Monats nur um 1.600 vermindert worden, gegen 1.900 im Oktober des Vorjahres. Der Kräftebedarf ist nicht nur während der Haupterntezeit geringer als in früheren Jahren, sondern, wie aus dem Arbeitsmarktbericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung hervorgeht, auch im Herbst, weil Kartoffeln und Rüben in wachsendem Ausmaß maschinell geerntet werden. Auch die für den Herbstanbau zusätzlich benötigten Arbeitskräfte waren vorhanden. Nach einer vorläufigen Angabe des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger entfiel mehr als die Hälfte des Beschäftigungsrückganges im November auf Land- und Forstarbeiter. Die Freistellungen waren somit zahlreicher als im November 1955.

Die *gewerbliche Wirtschaft* verminderte im Oktober entgegen dem normalen Saisonverlauf die Zahl ihrer Arbeitnehmer. Es wurden jedoch nur Arbeiter entlassen, hingegen mehr Angestellte aufgenommen als im Oktober 1955. Ende Oktober beschäftigte die gewerbliche Wirtschaft um 48.000 Arbeitskräfte mehr als ein Jahr vorher und ungefähr ebensoviele wie Ende August; doch gab es um 3.900 Arbeiter weniger und um 3.800 Angestellte mehr als vor 2 Monaten.

Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft im September und Oktober

Jahr, Monat	Arbeiter		Angestellte		Insgesamt	
	Veränderung im Laufe des Monats	Stand zu Monatsende	Veränderung im Laufe des Monats	Stand zu Monatsende	Veränderung im Laufe des Monats	Stand zu Monatsende
1955						
September	+4 1	1.260 8	+1 4	415 0	+5 6	1.675 9
Oktober	+2 6	1.263 5	+1 4	416 5	+4 0	1.679 9
Zusammen	+6 8		+2 9		+9 6	
1956						
September	+0 4	1.282 5	+1 2	447 1	+1 6	1.729 6
Oktober	-4 3	1.278 2	+2 6	449 8	-1 7	1.727 9
Zusammen	-3 9		+3 8		-0 0	

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Relativ gut entwickelte sich von Anfang September bis Anfang Oktober die Beschäftigung in 1.678

repräsentativen Betrieben, die von der Wiener Arbeiterkammer beobachtet werden. (Die Zunahme war allerdings im vorangehenden Monat besonders gering gewesen.) Der Index der Beschäftigung in diesen Betrieben erhöhte sich um 17 Punkte (0,8%) auf 210,7 (März 1934 = 100). Die Erhöhung war stärker als im Vorjahr (+ 12 Punkte), aber schwächer als in den Jahren 1954 und 1951 (+ 21 Punkte).

Relativ viele neue Arbeitnehmer nahm der Bergbau auf, der allerdings seine Belegschaft in den beiden Vormonaten etwas vermindert hatte, sowie saisonbedingt die Bekleidungsindustrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die chemische Industrie.

Sehr schwach, aber doch größer als im Vormonat, war die saisonbedingte Zunahme der Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie. Auch in der Papierindustrie besserte sich die Beschäftigungslage nach den saisonwidrigen Entlassungen im Vormonat wieder leicht. Hingegen setzte sich in der Stein-, Erden- und Tonindustrie der Beschäftigungsrückgang, der entgegen dem üblichen Saisonverlauf schon im Vormonat begonnen hatte, weiter fort, ebenso in den E-Werken. Relativ sehr zahlreich waren neuerlich die Freistellungen in der Häute- und Lederindustrie, ihre Belegschaft liegt bereits um 9% unter dem Vorjahresstande. Normalerweise nimmt dieser Wirtschaftszweig von Anfang September bis Anfang Oktober saisonbedingt Arbeitskräfte auf.

Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* stieg im Oktober um 8.100 (12,1%) auf 75.300, im November um 32.900 (43,7%) auf 108.200. Besonders im November war die Zunahme ungewöhnlich stark. Ende Oktober gab es noch um 2.500 Stellensuchende weniger als im Vorjahr, Ende November bereits um 14.600 mehr (aber noch immer um 8.900 weniger als im November 1954). Während in den Vormonaten nur die Männerarbeitslosigkeit höher war als im Vorjahr, liegt nunmehr auch die Frauenarbeitslosigkeit, die seit Mitte 1954 unter dem Vorjahresniveau verlief, geringfügig (um 500) darüber. Die Rate der Arbeitslosigkeit, die im November 1955 von 3,5% auf 4,2% gestiegen war, erhöhte sich heuer von 3,3% auf 4,7%.

Zur Steigerung der Arbeitslosigkeit hat vor allem die Freistellung von Bauarbeitern beigetragen. Im November 1955 verloren nur 4.800 Bauarbeiter ihre Arbeitsplätze, heuer fast 13.000; Ende November war die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern bereits mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr und erstmals höher als im Jahre 1954. Der Anteil der Bauarbeiter an der Gesamtsteigerung der Arbeitslosigkeit

keit im November, der in den Depressionsjahren 1952 und 1953 rund 60% betragen hatte und im Jahre 1955 auf 30% gesunken war, erhöhte sich heuer auf 40%.

Diese starke Zunahme ist offenbar nicht nur eine Folge der ungünstigen Witterung. Schon in den Vormonaten waren bei noch gutem Bauwetter mehr Bauarbeiter arbeitslos geworden als im Vorjahr. Vermutlich spielen auch Kreditverknappungen und der Rückgang der öffentlichen Aufträge eine Rolle.

Diese Faktoren wirken sich bereits allgemein auf den Arbeitsmarkt aus. In allen Berufsklassen, über die vorläufige Meldungen eingegangen sind, ist die Arbeitslosigkeit stärker gestiegen als im November 1955 und 1954, unter den Metallarbeitern, Textilarbeitern, gastgewerblichen Arbeitern und Hilfsarbeitern sogar mehr als im Jahre 1953. (Bei den gastgewerblichen Arbeitern ist allerdings die stärkere Zunahme im Berichtsmonat nur die Folge der größeren Beschäftigung während der Sommermonate.)

Die Veränderung der Arbeitslosigkeit im November

Berufsklassen	1951	1952	1953	1954	1955	1956 ¹⁾
Bauarbeiter	+ 9.646	+29.161	+20.009	+10.780	+ 4.818	+12.974
davon						
Baufacharbeiter	+ 5.026	+17.811	+13.054	+ 6.928	+ 2.740	+ 7.093
Bauhilfsarbeiter	+ 4.620	+11.350	+ 6.955	+ 3.852	+ 2.078	+ 5.881
Metallarbeiter		+ 2.869	+ 913	+ 439	+ 449	+ 1.141
Holzarbeiter	+ 568	+ 1.823	+ 1.048	+ 570	+ 332	+ 958
Textilarbeiter	+ 207	- 134	+ 327	+ 394	+ 179	+ 602
Bekleidungsarbeiter	+ 823	+ 844	+ 697	- 220	+ 28	+ 465
Gastgewerbliche Arbeiter	+ 1.192	+ 1.610	+ 1.924	+ 2.053	+ 2.236	+ 2.846
Hilfsarbeiter wechselnder Art		+ 1.334	+ 901	+ 755	+ 792	+ 992
Übrige		+11.183	+ 7.541	+ 7.143	+ 6.894	+12.931
Insgesamt	+20.998	+48.690	+33.360	+21.914	+15.728	+32.909
Männer	+16.193	+42.679	+27.547	+16.042	+ 8.642	+22.204
Frauen	+ 4.805	+ 6.011	+ 5.813	+ 5.872	+ 7.086	+10.705
Insgesamt ohne Bauarbeiter	+11.352	+19.529	+13.351	+11.134	+10.910	+19.935

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Das Stellenangebot der Arbeitsämter nahm sowohl im Oktober als auch im November saisonbedingt ab; es fiel im Oktober um 3.500 auf 22.900, im November um 4.500 auf 18.400. Die Abnahme im Oktober war um 1.700 stärker, im November aber um 3.500 schwächer als im Vorjahr. Ende November standen Männern um 1.600 Arbeitsplätze weniger, Frauen um 300 Stellen mehr zur Verfügung als vor einem Jahr.

Für die ungünstige Entwicklung im Oktober war hauptsächlich die geringere Nachfrage der Bauwirtschaft nach zusätzlichen Arbeitskräften verantwortlich. (In den Konjunkturjahren 1954 und 1955 stieg im Oktober der Bedarf an Bauarbeitern noch.) Im November fällt die Zunahme des Stellenangebotes für Frauen in Kärnten und Salzburg, sowie die

etwas stärkere in Tirol und Vorarlberg auf, die vermutlich durch den neuerlich etwas größeren Bedarf der Fremdenverkehrsbetriebe an Personal für die Wintersaison ausgelöst wurde.

Der *Lehrstellenmarkt* entwickelt sich nach wie vor sehr gut. Die Gesamtzahl der einsatzbereiten Lehrstellensuchenden war Ende Oktober mit 8.200 um ein Viertel niedriger als im Oktober 1955, die der verfügbaren offenen Lehrstellen mit 5.100 um fast zwei Drittel höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Ende Oktober standen den Arbeitsämtern bereits wieder (wie schon vorher von März bis Juni) mehr offene Lehrstellen zur Verfügung als einsatzbereite männliche Lehrstellenbewerber. Dies war bisher nur im Konjunkturjahr 1955 der Fall gewesen, aber selbst damals nur in den Monaten Mai und Juni, unmittelbar vor Schulschluß, als die Schulentlassenen des vorhergehenden Jahrganges schon zum größten Teil Lehrstellen gefunden hatten und die des neuen Jahrganges noch nicht auf den Arbeitsmarkt gekommen waren.

Auch für die Mädchen hat sich die Arbeitslage im Vergleich zu früheren Jahren gebessert. Die Zahl der für sie verfügbaren Lehrstellen war Ende Oktober mit 680 um 73% höher als im Oktober 1955; sie ist aber absolut sehr klein. Den offenen Lehrstellen standen 4.300 Bewerberinnen gegenüber, also immer noch mehr als sechsmal so viel. Im Oktober 1955 waren es allerdings vierzehnmal so viel gewesen.

Die Arbeitsämter besetzen indessen schon seit Februar 1956 (mit einer einzigen Ausnahme im Juni) von Monat zu Monat weniger Lehrstellen als im Jahre 1955, weil der Jahrgang, der heuer schulmündig wurde, etwas schwächer ist als in den beiden Vorjahren. In den vier Monaten von Ende Juni bis Ende Oktober (in denen die Arbeitsämter gewöhnlich über 60% der jährlichen Lehrstellen besetzen) wurden heuer nur 30.200 Bewerber vermittelt, gegen 31.900 und 31.100 im gleichen Zeitraum der Jahre 1955 und 1954.

Fast ein Drittel dieser Lehrlinge wird zu Eisen- und Metallarbeitern, rund 10% zu Bekleidungsarbeitern, 8% zu Bauarbeitern, 7% zu Holzarbeitern und 6% zu Nahrungs- und Genussmittelarbeitern ausgebildet. Fast 26% ergriffen Angestelltenberufe.

Die Zusammensetzung der besetzten Lehrstellen nach dem Beruf, der erlernt werden soll, bleibt über längere Zeiträume ziemlich konstant. Nur zugunsten der Angestelltenberufe, die auch innerhalb der Gesamtwirtschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen, ist eine kontinuierliche Verschiebung in den letzten Jahren festzustellen. Andererseits sank neuerlich die Zahl der Lehrstellenbesetzungen in der Holz- und

Lederverarbeitung, in der Nahrungs- und Genußmittelherzeugung sowie in der Textilindustrie

Die von den Arbeitsämtern besetzten Lehrstellen von Ende Juni bis Ende Oktober

	1953		1954		1955		1956	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Land- u. forstwirtschaftl. Arbeiter	420	1,5	398	1,3	388	1,2	410	1,4
Bergarbeiter	156	0,5	148	0,5	159	0,5	175	0,6
Steinarbeiter	146	0,5	163	0,5	155	0,5	126	0,4
Bauarbeiter	2 026	7,0	2 528	8,1	2 586	8,1	2 347	7,8
Metallarbeiter	9 726	33,8	10 879	34,9	11 091	34,8	9 917	32,9
Holzarbeiter	2 440	8,5	2 546	8,2	2 344	7,4	2 094	6,9
Ledarbeiter	197	0,7	187	0,6	183	0,6	107	0,4
Textilarbeiter	360	1,3	380	1,2	372	1,2	322	1,1
Bekleidungsarbeiter	2 924	10,2	2 858	9,2	2 932	9,2	3 058	10,1
Chemiearbeiter	102	0,4	126	0,4	149	0,5	135	0,4
Nahrungs- u. Genußmittelarbeiter	2 045	7,1	2 045	6,6	1 825	5,7	1 699	5,6
Gaststättenarbeiter	339	1,2	405	1,3	392	1,2	425	1,4
Friseur	1 047	3,6	939	3,0	1 154	3,6	1 021	3,4
Angestellte	6 160	21,4	6 788	21,8	7 498	23,5	7 732	25,6
Insgesamt	28 753	100,0	31 142	100,0	31 854	100,0	30 158	100,0

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Im Güterverkehr der Bundesbahnen erreichte der Wagenbedarf im Oktober mit 212.936 Anforderungen die Rekordhöhe der Vor- und Nachkriegszeit. Die ÖBB konnten 203.205 Wagen stellen oder arbeits-tägig 7.526 Stück, d. s. gegenüber September 13% und 45% mehr. Die hohe Monatsleistung ist allerdings teilweise durch die höhere Zahl von Arbeitstagen (27 gegen 25 im September) sowie den Beginn der Zuckerrübenkampagne bedingt. Je Arbeitstag nahmen nur die Transporte von Kohle, Koks, Papier und Kunstdünger zu. Bei Baustoffen, Eisen und Erzen waren auch die Monatsleistungen geringer als im September. Der Wagenbedarf für Zuckerrüben blieb um 7% unter dem Vorjahresniveau, da sich die Ernte infolge der Trockenheit etwas verzögerte. Nach vorläufigen Schätzungen der Zuckerfabriken werden in der diesjährigen Kampagne die Rüben Transporte rund 900 000 t betragen, 150 000 t weniger als im Vorjahr.

Gegenüber Oktober 1956 waren die Wagenstellungen um 47% höher (arbeits-tägig 1%), die Zahl der netto-t.km mit 698 6 Mill. aber etwas geringer (705 Mill.).

Der Personenverkehr auf den Bundesbahnen war im Oktober auf Grund der verkauften Karten (4 84 Mill.) saisonüblich schwächer (-18%) als im September. Die Frequenz blieb hinter dem Vorjahresergebnis um 4% zurück. In der Zeit vom 4. November bis 10. Dezember wurden von den ÖBB insgesamt 133 545 ungarische Flüchtlinge befördert, davon 40 361 in das Ausland. Die Zahl der in das Ausland geführten Sonderzüge betrug 49, in denen 30 273

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Oktober 1956	Veränderung in % (+ bzw. -)		Arbeits-tage gegen Vormonat
		Monatsergebnis gegen Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	203 205	+ 47	+ 12,9	+ 45
davon				
Kohle, Koks	23 807	- 22	+ 11,9	+ 36
Holz	18 889	+ 86	+ 6,5	- 13
Baustoffe	27 173	- 60	- 5,0	- 121
Eisen	13 011	+ 77	- 4,2	- 112
Papier	6 591	+ 90	+ 17,7	+ 89
Erze	7 407	- 16	- 17,6	- 237
Kunstdünger	5 880	+ 126,5	+ 38,0	+ 282
Nahrungsmittel	15 256	+ 13,3	+ 5,2	+ 26
Stückgut	31 672	+ 69	+ 7,9	- 01
Sammelgut	5 960	+ 68	+ 8,7	+ 09
Zuckerrüben	15 773	- 68		
Andere	31 786	+ 75	+ 3,7	- 40

Flüchtlinge reisten 10 038 Flüchtlinge benutzten Planzüge. Die Verkehrsleistung der Sonderzüge betrug 62 000 Zugskilometer. Die Flüchtlinge reisten in folgende Länder:

Schweiz	10 025
Bundesrepublik Deutschland	9 683
Frankreich	5 938
England	5 462
Belgien	3 415
Holland	1 870
Italien	2 063
Dänemark	957
Schweden	948
Insgesamt	40 361

Der Bahnverkehr mit Ungarn, der kurz nach Ausbruch der politischen Unruhen gänzlich gesperrt wurde, ist seit 22. November offiziell wieder möglich. Die Zahl der Frachtsendungen ist jedoch minimal und sogar die Hilfsgüter werden noch per Straße befördert. Auch der Personenverkehr steht praktisch still. Der Transitverkehr (Güter und Personen) wird immer noch über Jugoslawien oder die CSR umgeleitet.

Am 20. November wurde in Basel die Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (EUROFIMA) mit einem Grundkapital von 50 Mill. sfr gegründet. Ihr gehören die Bahnverwaltungen von 14 Ländern an, die seit dem Jahre 1953 im Rahmen der „Konferenz der Europäischen Verkehrsminister“ dieses Projekt förderten. Die für die Dauer von 50 Jahren errichtete Gesellschaft wird mit Hilfe von Anleihen in erster Linie den Bau von Güterwagen finanzieren, die den Bahnverwaltungen gegen Miete überlassen werden und nach Tilgung des Kredites in deren Eigentum übergehen. Ein weiteres Ziel der EUROFIMA besteht darin, Aufträge für Standardfahrzeuge zusammenzulegen, um deren Baukosten zu senken und dadurch auch den Übergang zu genormten Güter-

1) Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden und die Schweiz

wagen zu erleichtern. Mit der Gründung wurden auch bereits die ersten Finanzierungsverträge in Höhe von 227 Mill sfr genehmigt. Im Jahre 1957 sollen 5.000 Wagen gebaut werden und in den folgenden Jahren mindestens 4.000 Wagen jährlich. Die ÖBB haben vorläufig noch keinen Finanzierungsantrag gestellt, beabsichtigen dies jedoch für den Fall, daß die Budgetlage weiterhin so angespannt bleiben sollte.

Im *Straßenverkehr* beförderten Post und Bahn (KÖB) im Linienverkehr 8 19 Mill. Personen, gegen 8 13 Mill. im September und 7 94 Mill. im Vorjahr. Im privaten Linienverkehr reisten im Oktober 3 70 Mill. Personen, d. i. 8 4% mehr als im Oktober 1955.

Der gewerbliche Güterverkehr auf der *Straße* war im III. Quartal 1956 Fachverbandsmeldungen zufolge saisonbedingt höher als im II. Quartal, soll jedoch vielfach hinter den Vorjahreseergebnissen zurückgeblieben sein. Die unbefriedigende Beschäftigungslage wird teilweise auf die Konkurrenz des Werkverkehrs und auf den Rückgang öffentlicher Bauvorhaben zurückgeführt. Am besten war die Beschäftigungslage in Salzburg (Bau von Kraftwerken und der Autobahn), Vorarlberg und Wien. In Kärnten und der Steiermark war der Fernverkehr (Holz nach Italien) gut beschäftigt.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau beförderte im Oktober 418.144 t (+ 20% gegen September), davon 12% und 25% im Transit- bzw. Inlandsverkehr. Die österreichische Schifffahrt war an der gesamten Leistung mit 57%, am Transit mit 11% beteiligt. Der Verkehr mit dem Südosten betrug 65.156 t, einschließlich Transit 114.658 t oder 27% vom Gesamtverkehr.

Die Ereignisse in Ungarn behinderten im November den Donauverkehr nach und über Ungarn nur für einige Tage und auch dies nur, weil die Schiffe aus Sicherheitsgründen die Fahrt an der oberen und unteren Donaugrenze unterbrachen. Sonst stieß der Schiffsverkehr auf der ungarischen Seite bisher auf keine Schwierigkeiten. Im Laufe des Dezembers dürfte saisongemäß auf der unteren Donau der Schiffsverkehr eingestellt werden (Vereisung). Die ungarischen Donau-Seeschiffe sind daher bereits im Mittelmeer geblieben und führen dort Charterfahrten zwischen verschiedenen adriatischen und Nahosthäfen durch.

Der Levanteverkehr, der durch die Nahost-Krise stark behindert war, normalisierte sich in den letzten Wochen wieder. Mit Ausnahme von Port Said und Alexandrien werden wieder alle Häfen der Levante regelmäßig bedient. Allerdings wurden von einigen Konferenzen Frachterhöhungen bis zu 25% vorgenommen; ebenso erhöhten sich die Landfrachten von Beirut nach Teheran, Bagdad und Mossul um 10%.

Im Linienverkehr zwischen US-Golf einerseits und Mittelmeer sowie einigen Atlantikhäfen andererseits wurde eine 10%ige Frachterhöhung per Februar 1957 angekündigt.

Im *Luftverkehr* (ohne Transit) nahm die Zahl der beförderten Personen von 24.077 auf 18.094 im Oktober ab. Der Frachtverkehr stieg hingegen um 12% auf 184.485 km. Die Postfracht war mit 42.470 kg ungefähr gleich hoch wie im September. Gegenüber Oktober 1956 stieg der Personenverkehr um 52%, während der Frachtverkehr etwas niedriger war.

Die günstige Entwicklung des *Fremdenverkehrs* hielt auch im Oktober noch an. Trotz der saison-schwachen Jahreszeit wurden 1 03 Mill. Übernachtungen, davon 367.512 Ausländer-Übernachtungen gezählt. Dies sind 16% und 30% mehr als im Vorjahr. Allerdings war der Fremdenverkehr durch außerordentlich gute Witterungsverhältnisse begünstigt, die zu einem längeren Aufenthalt einluden. Die Zahl der gemeldeten Fremden nahm weniger zu als die der Übernachtungen. Auch der Inländerverkehr war um 9% höher als im Oktober 1955.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen im Oktober 122 3 Mill. S, die Ausgänge 48 Mill. S. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 46% und 4% mehr, so daß der Mehreingang mit 74 28 Mill. S um 98% höher war.

Der Budgetvoranschlag 1957 der Österreichischen Bundesbahnen

Der Budgetvoranschlag der Österreichischen Bundesbahnen sieht für 1957 laufende Betriebsausgaben in Höhe von 5 918 4 Mill. S und Einnahmen von 4 610 9 Mill. S vor. Der Betriebsabgang beträgt somit 1.307 5 Mill. S, der Gesamtabgang (einschließlich der außerordentlichen Investitionen von 319 5 Mill. S) 1.627 Mill. S.

Voranschlag der ÖBB für 1957

	Voranschlag		1957 in % von 1956	Kassenerfolg 1955 Mill. S
	1957	1956		
	Mill. S			
Aktive Bedienstete	2 258 1	2 057 0	109 8	2 019 1
Pensionisten	1 693 2	1 629 8	112 9	1 448 4
Sachaufwand	1 967 1	2 013 7	97 7	2 493 7
Betriebsausgaben	5 918 4	5 700 5	103 8	5 961 3
Betriebseinnahmen	4 610 9	4 565 5	101 0	4 611 7
Betriebsabgang	1 307 5	1 135 0	115 2	1 349 6
Außerordentl. Aufwand	319 5	431 1	72 4	721 8
Gesamtabgang	1 627 0	1 566 1	103 9	2 071 4
Gesamtausgaben	6 237 9	6 131 6	101 7	6 683 1

Gegenüber dem Voranschlag 1956 erhöhen sich die Betriebsausgaben um 217 9 Mill. S (+ 3 8%), die Einnahmen um 45 4 Mill. S (+ 1%), so daß der Betriebsabgang um 15% auf 1.307 5 Mill. S steigt. Unter

den Betriebsausgaben nehmen allerdings die Personalaufwendungen um 264 5 Mill. S (+6 2%) zu, während die Sachaufwendungen im Zuge der konjunkturpolitischen Investitionskürzungen um 46 6 Mill. S (-2 4%) gekürzt wurden. Innerhalb der Sachaufwendungen verminderten sich jedoch nur gewisse Ausgaben für Anlagen (insbesondere bauliche) von 333 5 Mill. S auf 227 4 Mill. S (-32%), während bei den übrigen Posten die Ansätze höher sind als im Voranschlag für 1956. Von den Investitionskürzungen wurde auch der außerordentliche Aufwand betroffen, der mit 319 5 Mill. S um 28% geringer dotiert wurde als 1956.

Betriebseinnahmen der ÖBB

	Voranschlag		1957 in % von 1956	Kassenerfolg 1955
	1957	1956		
	Mill. S			
Personenverkehr ..	1 002 5	969 7	103 4	979 1
Güterverkehr ..	3 215 3	3 246 1	99 1	3 228 4
Sonstige ..	393 1	349 7	112 4	404 2
Insgesamt	4 610 9	4 565 5	101 0	4 611 7

Vergleicht man den Voranschlag 1957 mit dem voraussichtlichen Kassenerfolg 1956, dann sind die veranschlagten Einnahmen sowie die Betriebsausgaben um 3% niedriger, die Investitionsausgaben sogar um 39%. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr und der Post „Allgemeines“ bleiben um 79 Mill. S und 46 Mill. S zurück, die Ausgaben für Sachaufwendungen vermindern sich um rund 280 Mill. S, sofern man die veranschlagten Personalaufwendungen 1957 als zutreffend ansieht. (Bisher blieben auch diese Voranschläge stets hinter den tatsächlichen Aufwendungen zurück)

Der Rückgang der veranschlagten Güterverkehrseinnahmen unter das Niveau von 1955 ist bei der gegenwärtigen konjunkturellen Lage unwahrscheinlich; dies würde eine um 10% geringere Verkehrsleistung als 1956 bedeuten, wenn die Einnahmen je netto-t-km gleichbleiben. Es ist zwar richtig, daß die Einnahmen je t-km von 1954 auf 1955 um rund 6% gefallen sind, im Jahre 1956 sind sie jedoch wieder leicht gestiegen. Ein neuerlicher Rückgang ist besonders deshalb unwahrscheinlich, weil die Tendenz besteht, die Ermäßigungen der Ausnahmetarife zu reduzieren. Aber auch die Verkehrsleistung wird im Jahre 1957 nicht geringer sein als im Jahre 1956, wenn auch eine eventuelle Steigerung infolge Nachlassens der expansiven Kräfte geringer sein wird als bisher. Rechnet man nur mit einer Zunahme von 2%, dann ergeben sich auf Grund der Transportstruktur von 1956 Einnahmen aus dem Güterverkehr von 3.360 Mill. S, um 144 Mill. S mehr als nach dem Voranschlag.

Die veranschlagten Einnahmen aus dem Personenverkehr liegen geringfügig (0 4%) über dem voraussichtlichen Kassenergebnis 1956, das bei einer Zunahme der netto-t-km um 3% und der verkauften Fahrkarten um 1 4% den Erfolg von 1955 um 2% überschritt. Der steigende Reiseverkehr von 1955 auf 1956 wirkte sich demnach auf die Einnahmen der Bahn nur geringfügig aus, so daß es auch für 1957 berechtigt ist, keine nennenswerten Einnahmesteigerungen zu erwarten. Immerhin würde eine Zunahme der Frequenz um 2% die Einnahmen auf rund 1.020 Mill. S erhöhen, um 17 Mill. S mehr als im Voranschlag. Die gesamten Betriebseinnahmen würden bei diesen Annahmen 4.772 Mill. S (4.610 9 Mill. Schilling im Voranschlag) betragen.

Voranschlag 1957 und voraussichtlicher Kassenerfolg 1956

	Voranschlag 1957	Voraussichtl. Kassenerfolg 1956	Voranschlag 1956
Betriebsausgaben ..	5 918 4	6 100 0	5 700 6
Betriebseinnahmen ..	4 610 9	4 732 0	4 565 5
davon Personenverkehr ..	1 002 5	999 0	969 7
Güterverkehr ..	3 215 3	3 294 0	3 246 1
Sonstige ..	393 1	439 0	349 7
Betriebsabgang ..	1.307 5	1.368 0	1.135 0
Außerordentlicher Aufwand ..	319 5	520 0	431 1
Gesamtabgang	1 627 0	1 888 0	1 566 1

Die für 1957 veranschlagten Betriebsausgaben (5 918 4 Mill. S) liegen um 3% unter dem voraussichtlichen Kassenergebnis 1956. Das wird ausschließlich durch Kürzung der Sachaufwendungen erreicht, die gegenüber dem Kassenerfolg 1955 und 1956 um 527 Mill. S (-21%) bzw. rund 300 Mill. S (-13%) zurückbleiben¹⁾, während der Personalaufwand weiter steigt. Neben den vorgesehenen Budgetkürzungen bei den baulichen Anlagen um 100 Mill. S (von 333 auf 233 Mill. S) müssen daher auch der Regieaufwand und sonstige Aufwandskredite noch um 200 Mill. S gegenüber den tatsächlichen Ausgaben 1956 gekürzt werden. Da es sich hierbei aber um notwendige Betriebsausgaben handelt, wird eine so drastische Kürzung kaum möglich sein. Infolge verschiedener Preissteigerungen (Kohle, Stahl, Eisen usw.) ist eher mit steigenden Aufwendungen zu rechnen. Nimmt man nur eine 3%ige Steigerung allein durch Preiseinflüsse an, dann ergibt sich ein Sachaufwand von 2.215 Mill. S, das sind um 247 Mill. S mehr als im Voranschlag. Die gesamten Betriebsausgaben würden dann rund 6 165 Mill. S betragen (statt 5 918 4 Mill. S nach dem Voranschlag), denen 4.772 Mill. S (statt 4.610 9 Mill.

¹⁾ Die Bezugs- und Pensionsvorsüsse sind darin berücksichtigt die 1957 erstmalig unter Sachaufwendungen veranschlagt wurden, statt unter Personalaufwand wie in den früheren Jahren

Schilling) Einnahmen gegenüberstehen. Der Betriebsabgang wäre dann mit 1 393 Mill. S (1 307 5 Mill. S) um 6 5% höher als veranschlagt. Wahrscheinlich werden die Betriebsausgaben hauptsächlich für die Erhaltung der Anlagen noch höher sein, wenn das Eventualbudget des Bundes, in dem für die Bahnen 500 Mill. S vorgesehen sind, realisiert wird.

Der Voranschlag für außerordentliche Aufwendungen (Elektrifizierung, Fahrpark, Bahnhofsbauten) bleibt mit 319 5 Mill. S um rund 39% unter dem voraussichtlichen Kassenerfolg 1956. Berücksichtigt man noch die Preissteigerungen, dann würde dies eine Kürzung der Investitionen des Jahres 1956 um mindestens 45% bedeuten. Da es sich hierbei vielfach um langfristige Bauvorhaben handelt, die ohne Verluste nur schwer in einem solchen Ausmaß abgebremst werden können, ist es fraglich, ob dieser Voranschlag eingehalten werden kann. Der Voranschlag erwartet daher auch Kreditoperationen gemäß Artikel II, Absatz 4 des Bundesfinanzgesetzes, durch die diese Einschränkungen des Investitionsprogrammes, insbesondere der Elektrifizierungsarbeiten auf der Südbahnstrecke, aufgehoben werden. Der veranschlagte Gesamtabgang in Höhe von 1 627 Mill. S wird daher kaum eingehalten werden können. Wahrscheinlicher ist ein Defizit zwischen 1 900 und 2 000 Mill. S, etwas mehr als der voraussichtliche Abgang im Jahre 1956 in Höhe von rund 1 890 Mill. S.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9 1 bis 9 9

Wie erwartet, leitete der Handelsbilanzüberschuß im September keine Tendenzumkehr ein. Die kräftige Erholung der Importe im Oktober ließ trotz gleichzeitigem Wachsen der Ausfuhr einen *Einfuhrüberschuß* von 380 Mill. S entstehen, der um 124 Mill. S über dem durchschnittlichen Einfuhrüberschuß der ersten neun Monate lag. Die Einfuhr stieg um 22% auf 2 424 Mill. S, einen neuen Höhepunkt. Die Ausfuhr erreichte einen neuen Wert- und Volumemerkord, sie stieg um 3% und überschritt mit 2 044 Mill. S zum ersten Male die Zwei-Milliarden-Grenze.

Obwohl sich die Zunahme der *Einfuhr* auf alle Obergruppen erstreckte, empfing sie ihren weitaus stärksten Impuls vom Fertigwarenssektor. Von der gesamten Einfuhrsteigerung um 445 Mill. S entfielen 237 Mill. S auf Fertigwaren, die damit eine Steigerungsrate von 34% erreichten. Ihr Anteil am Gesamtimport stieg im Oktober auf 39%, einen bisher noch nicht erreichten Wert. Die Einfuhrzunahme erstreckte sich auf die meisten Gruppen von Fertigwaren. Freilich war der Import von Inve-

stitionsgütern und Verkehrsmitteln im August und September stark zurückgegangen. Hingegen ist die Einfuhr verschiedener Konsumfertigwaren so gestiegen, daß sie das bisherige Importniveau weit überholte. Die Einfuhr von Uhren und anderen feinmechanischen Erzeugnissen, die schon im September einen Höchststand erreicht hatte, verdoppelte sich, die Einfuhr verschiedener Verbrauchsgüter, wie Spiel- und Sportartikel, Bekleidung, Küchengeräte usw., stieg um die Hälfte und ebenso nahm die Einfuhr einiger anderer ähnlicher Waren bedeutend zu. Wahrscheinlich dienten diese Mehrimporte größtenteils der beginnenden Bevorratung für das Weihnachtsgeschäft, da im Vorjahr die Vorräte teilweise nicht ausgereicht hatten und nicht alle späteren Importnachbestellungen zeitgerecht untergebracht werden konnten.

Die Einfuhr einiger wichtiger Fertigwaren

	Ø I Hbj	Juli	1956 August Mill. S	September	Oktober
Leder und Lederwaren	18	17	17	19	24
Garne, Gewebe u Textil- waren	137	146	146	150	193
Bekleidung	3	3	3	6	10
Schuhe	0 5	0 4	0 2	0 3	0 7
Elektrotechn. Apparate u Geräte	72	71	77	85	107
Uhren, optische u feinmech. Erzeugnisse	31	34	33	56	114
Verschiedene Verbrauchs- waren	35	41	31	33	48

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln hat im Oktober um 35 Mill. S zugenommen. Verhältnismäßig am meisten wuchsen die Importe jener Waren, die am stärksten auf erhöhte Konsumausgaben reagieren: die Obst- und Gemüseimporte stiegen auf 100 Mill. S (September: 68 Mill. S, Durchschnitt der ersten drei Quartale: 71 Mill. S), Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze auf 47 Mill. S (34 und 39 Mill. S). Hingegen nahm die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln nur verhältnismäßig wenig zu (Getreide) oder ging sogar zurück (Fleisch, Zucker).

Rohstoffimporte und Halbwarenimporte stiegen im Oktober um 102 und 84 Mill. S. Sehr stark nahm die Erz- und Schrotteinfuhr (+ 39 Mill. S) und die Metalleinfuhr (+ 28 Mill. S) zu. Die anderen Rohstoffe und halbfertigen Waren zeigten geringere Veränderungen, einige Importe — so die von Brennstoffen — blieben etwas hinter denen im September zurück.

Die geringe Zunahme der *Ausfuhr* im Oktober um 57 Mill. S wurde durch die günstige Entwicklung der Halbwarenexporte (+ 65 Mill. S), vor allem durch größere Exporte von Eisen, Stahl und Stickstoffdünger ermöglicht. Die Ausfuhr von Stickstoff-

dünger, die in den Vormonaten etwas zurückgegangen war, erreichte im Oktober wieder die höheren Exportwerte des Frühjahrs. Die Eisen- und Stahlausfuhr stieg, nachdem sie bereits im September einen Rekord erzielt hatte, um 40 Mill S auf 365 Mill S. Damit stellte sie 18% der Gesamtausfuhr; der Anteil der Halbwaren an der Ausfuhr stieg von 25% im September auf 28% im Oktober. Die neuen Kapazitätserweiterungen und die günstige Konjunkturlage schafften den Eisen- und Stahlprodukten überall gute Absatzmärkte. Im Oktober gingen zwei Drittel in die OEEC-Länder, 17% nach Osteuropa und nahezu ebensoviel in andere Staaten

Eisen- und Stahlexporte im Oktober 1956

Bestimmungsland	In % der gesamten vermäßigen Eisen- und Stahlausfuhr
Bundesrepublik Deutschland	19,4
Italien	18,2
Belgien und Luxemburg	2,8
Frankreich	2,4
Niederlande	0,6
Montanunion	43,4
Großbritannien	11,7
Schweiz	7,8
Schweden	1,3
Türkei	1,2
Dänemark	1,0
Norwegen	0,7
Griechenland	0,5
OEEC-Raum	67,6
Tschechoslowakei	4,8
Deutsche Demokratische Republik	4,7
Ungarn	3,7
Polen	2,1
Jugoslawien	1,2
UdSSR	0,3
Osteuropa	16,8
Indien	1,9
USA	1,4
Spanien	1,0
Kanada	0,7
Sonstige Staaten	10,6
Insgesamt	100,0

Sonst ergaben sich im Oktober nur geringe Verschiebungen. Die Rohstoffausfuhr sank um 15 Mill S, da die Holz- und Stahlausfuhr wieder etwas zurückging und weniger einbrachte als in den sechs Monaten vorher. Die Fertigwarenexporte sanken um 6 Mill S, wobei vorwiegend verschiedene Konsumwaren Rückschläge erlitten, während sich die Hauptposten des Fertigwarenexportes — Textil- und Holzzeugnisse, Papier, Maschinen, Magnesitziegel — gut hielten und zum Teil bessere Exportresultate erzielten als im September. Die verhältnismäßig unbedeutenden Nahrungsmittel- und Futtermittelexporte nahmen im Oktober infolge größerer Lieferungen von Lebendvieh und Molkereiprodukten um 12 Mill S (18%) auf 78 Mill S zu

Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im III. Quartal 1956

Die lebhaftere Konjunktur im In- und Ausland erhöhte auch im III. Quartal das österreichische Außenhandelsvolumen. Das Volumen der Importe stieg gegenüber dem II. Quartal um 3% auf 182 (1937 = 100) und blieb damit nur hinter dem Rekordwert vom IV. Quartal 1955 (194) zurück; das Volumen der Exporte stieg um 5% auf den neuen Rekordwert von 235. (Bisheriger Höchstwert: 227 im IV. Quartal 1955.) Gegenüber dem III. Quartal des Vorjahres wuchs das Volumen der Einfuhr um 9% und das der Ausfuhr um 17%.

Die Entwicklung in den einzelnen Außenhandelsparten war jedoch uneinheitlich. Die *Einfuhr* ist nur in fünf von den neun Hauptgruppen gestiegen. Am stärksten erhöhten sich die Importe der Gruppe „Ernährung“, und zwar um 17%. Wie in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres wurden aber auch im III. Quartal weniger Nahrungsmittel eingeführt als im Vorjahr. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale dieses Jahres betrug der Index des Nahrungsmittelimportvolumens 80 (1937 = 100) gegen 91 in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Neben den Nahrungsmittelimporten sind im III. Quartal nur die von chemischen Erzeugnissen erheblich gestiegen (+ 15%); die Zunahme der Einfuhr von Genussmitteln, Brennstoffen sowie Halb- und Fertigwaren blieb unter 10%.

Gegenüber dem Vorquartal sind die Importe von Rohstoffen (ohne Biennstoffe; - 2%), Fetten (- 19%), Maschinen und Verkehrsmitteln (- 6%) sowie „Sonstigen Fertigwaren“ (hauptsächlich Konsumgüter aller Art; - 9%) gesunken. Die Einfuhr an „Sonstigen Fertigwaren“ war trotzdem beträchtlich höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Maschinen und Verkehrsmittel dagegen blieben etwas unter dem Vorjahresvolumen. Die starke Importexpansion vom Vorjahr scheint abgeklungen zu sein. Dies ist zum Teil auf das gedämpftere Konjunkturklima zurückzuführen, zum Teil auch auf das Nachlassen der großen Personenautoimporte und auf den Wegfall der Abschreibungsbegünstigungen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind aber die Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln noch immer weitaus stärker gestiegen als die aller anderen Warengruppen.

Die Entwicklung der Maschinen- und Verkehrsmittelimporte

Zeit	Veränderung des Einfuhrvolumens gegenüber dem entsprechenden Vor- jahresquartal in %		
	1954	1955	1956
I. Quartal	+ 14	+105	+6
II „	+ 46	+101	+4
III „	+ 63	+ 84	-3
IV „	+115	+ 30	

Das *Ausfuhrvolumen* stieg im III. Quartal in vier Hauptgruppen (Getränke und Tabak, Brennstoffe, Halb- und Fertigwaren, Sonstige Fertigwaren). In fünf Gruppen (Ernährung, Rohstoffe, Öle und Fette, chemische Erzeugnisse sowie Maschinen und Verkehrsmittel) ging es zurück. Die Exporte von Chemikalien sowie Maschinen und Verkehrsmitteln waren auch geringer als im III. Quartal des Vorjahres. Der Anteil dieser beiden Hauptgruppen am Gesamtexport ist seit Beginn dieses Jahres ständig zurückgegangen. Er sank von zusammen 20% im I. Quartal auf 16% im III. Quartal¹⁾

Der Anteil der Chemikalien- und Investitionsgüterausfuhr am Gesamtexport

Zeit	Chemische Erzeugnisse	Maschinen u. Verkehrsmittel	Zusammen
1955	4,3	12,9	17,2
1956 I. Quartal	5,8	14,4	20,2
II. „	3,9	13,0	16,9
III. „	3,3	12,5	15,8

Der Aufschwung des Exportes der sonstigen Fertigwaren, insbesondere der Konsumgüter, hält dagegen unvermindert an. Ihm war es vor allem zu danken, daß das gesamte Exportvolumen im III. Quartal einen neuen Höhepunkt erreichte.

Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren

Zeit	1954	1955	1956
	1937 = 100		
I. Quartal	156	164	193
II. „	174	159	208
III. „	174	194	244
IV. „	192	241	

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Brennstoffexporte weitaus am stärksten, da die bis zum Staatsvertragsabschluß noch unkontrollierten Erdölexporte jetzt von der amtlichen Statistik erfaßt werden. Selbst ohne die Ablöselieferungen an die Sowjetunion war das Volumen der österreichischen Brennstoffexporte

¹⁾ Infolge der großen Exportleistungen im I. Halbjahr wurde aber heuer in diesen Branchen beträchtlich mehr ausgeführt als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Siehe diesbezüglich auch das Kapitel „Industrieproduktion“

in den ersten drei Quartalen mehr als siebenmal so groß wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gegenüber der Vorkriegszeit, als sie so gut wie keine Bedeutung hatten, ist ihr Umfang auf mehr als das 44fache gestiegen. Trotzdem ist ihr Anteil am Gesamtexport auch jetzt relativ geringfügig. Er betrug in den ersten drei Quartalen 1956 nur 3,3% (1,9% in der gleichen Zeit des Vorjahres und 0,1% im Jahre 1937²⁾); im Brennstoffaußenhandel konnte nur ein Fünftel der Importe durch Exporte gedeckt werden.

Die *Außenhandelspreise* sind schon seit Beginn dieses Jahres stabil. Von Juni bis September sind sie leicht gesunken, und zwar die Einfuhrpreise von 157 auf 155 (1950 = 100), die Ausfuhrpreise von 162 auf 161.

In der Einfuhr drücken nach wie vor die Preise der Rohstoffe und Vorprodukte auf den Preisindex, die Preise der Fertigwaren dagegen ziehen seit Jahresbeginn merklich an³⁾. In der Ausfuhr ist die Lage umgekehrt. Die Fertigwarenpreise geben im Durchschnitt etwas nach, die Rohstoffpreise hingegen steigen, vor allem weil sich die Preise am internationalen Holzmarkt, die im vorigen Spätsommer gefallen waren, zum Teil wieder festigen. Ende September stand der Preisindex der Rohstoffexporte, der zwischen September 1955 und März 1956 um 8% gefallen war, wieder auf dem gleichen Niveau wie vor einem Jahr. Das Anziehen der Rohstoffpreise brachte die allmähliche Verschlechterung des Austauschverhältnisses im Außenhandel, die vor einem Jahr eingesetzt hatte, zum Stillstand. Im September verbesserte es sich um einen Punkt. In den nächsten Monaten ist freilich eine abermalige Verschlechterung zu befürchten, da die Suezkrise eine Verteuerung der Frachten zur Folge hatte und insbesondere die internationalen Rohstoffpreise erhöhen wird.

²⁾ 1937 ohne elektrischen Strom

³⁾ Die Erhöhung des Preisindex der Fertigwareneinfuhr ist allerdings nicht nur auf Verteuerungen zurückzuführen. Mit steigender Kaufkraft geht die Importnachfrage auf kompliziertere Waren und bessere Qualitäten über, was im Importpreisindex — da er warenmäßig nicht genügend differenziert ist — zum Teil als Preissteigerung zum Ausdruck kommt.